

Wie war es in der DDR?

oder:

Was ist eigentlich -
Sozialismus und Kommunismus?

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
1. Wovon reden wir eigentlich?	5
2. Die Machtfrage	12
3. Schwierigkeiten mit der Wahrheit	19
4. Das Problem mit der Arbeitsproduktivität	24
5. Der Proletenkult	33
6. Die persönliche Freiheit	34
7. Die sieben Wunder der DDR	37
8. Epilog	38

Autor: Otwin Breitenstein

Erhältlich auf www.was-ist-sozialismus.de

E-Mail des Autors: was-ist-sozialismus@gmx.de

Vorwort

Die sogenannte „Wende“, also das Ende der DDR und die Aufnahme dieses Landes in die Bundesrepublik Deutschland, ist nun über 30 Jahre her. Viele, die die DDR bewusst miterlebt haben, leben noch. Aber das wird nicht ewig so bleiben. Schon jetzt haben viele junge Leute, selbst die auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wohnen, nur eine ungefähre Ahnung davon, wie es hier vor der Wende gewesen ist, und vor allem, **warum** das alles so gewesen und geworden ist. In diesem Büchlein soll dieser Frage nachgegangen werden. Es wird sich zeigen, dass trotz der vielen Sinnlosigkeiten, die wir alle noch erlebt haben, alles doch in sich einigermaßen verständlich war und unter diesen Umständen gar nicht viel anders hätte passieren können. Genauso folgerichtig war das Ende der DDR und der anderen sozialistischen Staaten, und man kann auch verstehen, warum dieses Ende so lange gebraucht hat. Ich hoffe, dass ich diese und andere Fragen zu diesem Thema einigermaßen unterhaltsam und verständlich abhandeln kann und damit etwas zum Politikverständnis der jüngeren Generation, und damit auch meiner Kinder und Enkel, beitragen kann. Deshalb erkläre ich hier auch einige Dinge, die ein gebildeter Mensch eigentlich weiß. Ich schrieb dieses Büchlein auch für heutige Kapitalismuskritiker, die schon wieder von Sozialismus reden und dabei keine Ahnung haben, was sie sich damit einhandeln würden.

Ich bin von Beruf weder Historiker noch Politikwissenschaftler, auch kein Schriftsteller, sondern Physiker. Mein ganzes Leben lang habe ich auf dem Gebiet der Halbleiterphysik geforscht, die letzten 30 Jahre vor allem zur Optimierung von Solarzellen. In dieser Zeit habe ich oft erlebt, dass allgemein akzeptierte Theorien sich als falsch erwiesen haben und durch neue Ansätze und Ideen ersetzt werden mussten. Das heißt, ich habe mich daran gewöhnt, keine Theorie als ein für alle Mal gültig anzusehen, sondern immer damit zu rechnen, dass alles, woran wir glauben und was alle Welt sagt, genauso gut auch falsch sein könnte. Nun ist es in der Physik relativ einfach, zu beweisen, dass eine Theorie falsch ist. Man muss nur wenigstens ein Experiment vorführen, das dieser Theorie klar widerspricht. In den Gesellschaftswissenschaften ist das komplizierter. Da dauern die Experimente ungleich länger (das mit der DDR hat 40 Jahre gedauert), und alle Ergebnisse können immer noch unterschiedlich interpretiert werden. Insofern ist die Gesellschaftswissenschaft keine exakte Wissenschaft wie die Naturwissenschaften. Wie wir in Kapitel „1. Wovon reden wir eigentlich?“ sehen werden, haben sich die Ideologen in der DDR und der Sowjetunion viel Mühe gegeben, ihrer Gesellschaftstheorie

einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben. Aber letztlich war es doch nur eine Ideologie, also eine Heilslehre, im Grunde eine Religion, wie wir noch sehen werden. Die Frage aus heutiger Sicht ist, warum sich dieses System dann trotzdem so lange gehalten hat. Dieser Frage ist das Kapitel „2. Die Machtfrage“ gewidmet.

Ich werde die verschiedenen Aspekte meines Themas in lockerer Folge versuchen zu beleuchten und hoffe, dass es dabei nicht zu allzu vielen Wiederholungen kommt. Ganz werden die sich nicht vermeiden lassen. Ich konzentriere mich hier allein auf die Zustände in der DDR, weil ich die hautnah erlebt habe und die DDR, meiner Meinung nach, ein typisches Beispiel für den „real existierenden Sozialismus“ war. Ich würde sogar so weit gehen zu sagen: Viel besser als in der DDR hat man den Sozialismus nicht machen können. Auch in Ungarn und der CSSR haben sie sich alle Mühe damit gegeben. Die Lebensbedingungen waren dort durchaus erträglich (im Gegensatz z.B. zu Rumänien) und in einigen Aspekten sogar besser als bei uns (es gab mehr zu kaufen und die Bürger durften reisen, wenn sie das Geld dazu hatten), aber die wesentlichen Merkmale dieser Gesellschaften und deren Ende waren auch dort die gleichen wie bei uns in der DDR. Ich werde in den Text eigene Erfahrungen und auch einige politische Witze aus der DDR einfließen lassen. In jeder Diktatur, in der die Bürger nicht offen ihre Meinung sagen dürfen, kommt es unvermeidlich zu politischen Witzen, die heimlich kursieren. Das war schon bei den Nazis so, und das war auch in allen sozialistischen Ländern so. Mit der Wende hat das Aufkommen politischer Witze schlagartig aufgehört, weil man von da an praktisch alles sagen durfte. Die politischen Witze der DDR werfen ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Verhältnisse in der DDR und dürfen deshalb in einem Büchlein wie diesem nicht fehlen. Wir haben damals auch die Verhältnisse nur mit Humor und Sarkasmus ertragen: „Die Lage ist hoffnungslos, aber nicht ernst.“

Natürlich ist diese Schrift vor allem durch meine persönlichen Erfahrungen geprägt. Ich habe jedoch als Referenzen eine Anzahl von Links angegeben, wo man einige Fakten näher nachlesen kann. Sollte ich mich in einigen Dingen geirrt haben, oder sollten noch wichtige Teile in der Darstellung fehlen, dann bin ich für Hinweise unter was-ist-sozialismus@gmx.de dankbar. Wenn Sie diesen Text im Acrobat Reader mit der Option „Broschüre“ auf A4-Papier beidseitig ausdrucken und die Seiten innen mit Zwirn oder mit einem Langarm-Heftgerät zusammenheften, haben sie ein handliches Büchlein. Die Weitergabe dieses Texts bzw. pdfs an andere Interessierte ist gestattet und ausdrücklich erwünscht.

1. Wovon reden wir eigentlich?

Witz: „Im Kapitalismus gibt es die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, und im Sozialismus ist es genau umgekehrt.“

Jeder „-ismus“ bedeutet die Verabsolutierung eines bestimmten Begriffs. Also ist zum Beispiel „Pazifismus“ das unbedingte Streben nach Frieden (lateinisch: pax), „Kolonialismus“ ist das System der Unterdrückung fremder Völker in Kolonien, und „Revanchismus“ ist das Bestreben, sich für eine Niederlage zu revanchieren, also zu rächen. Die „Kommune“ ist die dörfliche oder städtische Gemeinschaft aller Bürger. Demensprechend hätte „Kommunismus“ das Ziel, die Interessen der Kommune über die des Einzelnen zu stellen, und im Grunde ist es das auch. Aber genau dieses Ziel hat auch die „linke Politik“, wie wir sie heute kennen. Der Begriff „links“ im politischen Sinne stammt ja aus dem Französischen und Englischen Parlament, in dem die Vertreter der Arbeiterschaft (Labour) auf der linken Seite saßen und heute immer noch sitzen. Das hat also noch nichts mit Kommunismus zu tun. Wenn wir also wissen wollen, was „Kommunismus“ eigentlich ist, dann dürfen wir nicht danach fragen, was die Kommunisten für das Volk tun wollen. Natürlich wollen sie alle nur das Beste für das Volk. Das gilt sogar für verbrecherische Regime wie die Nationalsozialisten oder andere Diktaturen. Die entscheidende Frage ist also nicht, **was** die Vertreter einer bestimmten politischen Richtung erreichen wollen, sondern **mit welchen Mitteln** sie das erreichen wollen. Die Nazis wollten das Glück Deutschlands durch die Unterdrückung oder gar Auslöschung anderer Völker und vor allem der Juden erreichen. Die heutigen kapitalistischen Gesellschaften wollen das Glück ihrer Völker durch immerwährendes ökonomisches Wachstum im Rahmen der Marktwirtschaft erreichen, wobei der soziale Aspekt in den verschiedenen Ländern mehr oder weniger ausgeprägt ist. Der Kommunismus unterscheidet sich grundlegend von diesem Ansatz, wie wir sehen werden. Was Kommunismus ist, kann man am einfachsten im „Manifest der Kommunistischen Partei Deutschlands“ nachlesen¹, das Karl Marx und Friedrich Engels im Jahr 1848 in London erstmals veröffentlicht haben. Diese Schrift ist gewissermaßen das Evangelium der Kommunisten. Um das dort Geschriebene zu verstehen, muss man sich die prekäre Lage der Fabrikarbeiter (Marx spricht von „Proletariern“) im 19. Jahrhundert vor Augen halten. Nun ist es leider so, dass die Texte von Marx und Engels sich aus heutiger Sicht durch eine gewisse Weitschweifigkeit auszeichnen. Deshalb will ich hier versuchen, deren Grundideen möglichst kurz und präzise

¹ <https://marxwirklichstudieren.files.wordpress.com/2012/11/marx-engels-manifest.pdf>

darzustellen, so wie sie mir im Staatsbürgerkunde-Unterricht in der Schule und noch beim Studium der Physik in Leipzig in den 1970er Jahren im Fach „Wissenschaftlicher Kommunismus“ beigebracht worden sind. Ich werde im Folgenden der Einfachheit halber nur von „Marx“ reden und das Kommunistische Manifest mit „KM“ abkürzen. Die Grundlage der Marx'schen Theorie ist sein Geschichtsverständnis, siehe KM Kapitel 1. Er sagt hier, „die Geschichte ... ist die Geschichte von Klassenkämpfen“, und die verschiedenen Gesellschaftsordnungen unterscheiden sich in der Stellung der Klassen zueinander. Dabei unterscheiden sich die Klassen untereinander vor allem in ihrer Stellung zu den Produktionsmitteln. Damit sind nicht nur die Fabriken, sondern auch Grund und Boden und die Infrastruktur gemeint. Nach Marx entwickelte sich die Gesellschaft mehr oder weniger in einer Linie von der Sklavenhaltergesellschaft über den Feudalismus hin zum Kapitalismus. In der Sklavenhaltergesellschaft waren die Sklavenhalter die herrschende Klasse, im Feudalismus war es der Adel, und im Kapitalismus sind es die Kapitalisten, von Marx als die „Bourgeoisie“ bezeichnet. Die beherrschte Klasse im Kapitalismus ist die Lohnarbeiterschaft, von Marx als das „Proletariat“ bezeichnet. Nun sagt Marx: Das Elend dieser Welt (d.h. die prekäre Situation der Proletarier) kommt durch die „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“, d.h. des Proletariers durch den Bourgeois. In seinem Werk „Das Kapital“ hat Marx das Prinzip dieser Ausbeutung (Marx sagt „Exploitation“) in der sogenannten „Mehrwerttheorie“ dargelegt. Danach verfügt der Proletarier nur über seine Arbeitskraft, die er verkaufen muss, um zu überleben. Der Lohn dafür ist der „Wert“ des Proletariers. Der Bourgeois verfügt über Kapital und damit über die Produktionsmittel und „kauft“ den Proletarier zu seinem Wert. Indem sich der Proletarier also als Lohnarbeiter verkauft und für den Bourgeois Waren oder Dienstleistungen produziert, erzeugt er mehr Wert als er selber wert ist, d.h. als er als Lohn bekommt. Diesen „Mehrwert“ eignet sich der Bourgeois an und wird damit reich und kann weitere Produktionsmittel kaufen. So funktioniert das kapitalistische System in der Sprache von Marx. Man würde heute sagen, dass ein Betrieb auch Gewinn machen muss.

Die Frage für Marx war also, wie können wir das Elend der Proletarier beenden? Marx sagt in KM Kapitel 2, indem wir „das Privateigentum aufheben“, also abschaffen, d.h. verbieten. Damit meint Marx nicht generell alles Eigentum (wie ihm von Manchen vorgehalten wurde), sondern das Privateigentum an Produktionsmitteln. Die Lohnarbeit im Dienst eines Kapitalisten, also die Ausbeutung, soll damit verboten und somit ein für alle Mal beendet werden. Und mit „aufheben“ meint er ganz konkret, diese Produktionsmittel in einer Proletarischen Revolution

den bisherigen Besitzern (der Bourgeoisie) wegzunehmen und sie zu vergesellschaften, das heißt sie den Proletariern zur Verfügung zu stellen. Das Ziel ist die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und „alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren“. Das also ist das Mittel des Marxismus, um das Ziel des Glücks des Volkes zu erreichen. Marx gibt zu, dass dazu Gewalt nötig ist, denn der Kapitalist wird sein Kapital nicht freiwillig hergeben. „Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermitteltst despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht“, sagt Marx in KM Kapitel 2. Damit ist der Kommunismus seinem Wesen nach immer ein repressives System, denn sein oberstes Gesetz ist ein Verbot: Du darfst kein Privateigentum an Produktionsmitteln besitzen. Die Bourgeoisie (Besitzer von Produktionsmitteln) als Klasse muss unterdrückt werden, sagen die Kommunisten.

Das ursprüngliche Konzept des Kommunismus ging davon aus, dass die proletarische Revolution nahezu gleichzeitig in allen entwickelten kapitalistischen Staaten passiert. In KM Kapitel 2 heißt es: „Vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder, ist eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung“, und das KM endet mit den Worten: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“. Auch Lenin ging noch von der Weltrevolution aus. Er hoffte noch, dass die russische Revolution in anderen Ländern nachvollzogen wird. In der Tat gab es in Deutschland im Gefolge der Novemberrevolution 1918 mehrere Ausrufungen einer Räterepublik, u.a. in Berlin und München, die aber keinen Bestand hatten. Erst Stalin hatte eingesehen, dass es mit der Weltrevolution voraussichtlich nichts wird, und dass man den Sozialismus auch nur in einem Land errichten kann.

Die Kommunisten wollen also nichts weniger als die gesamte Ökonomie der Gesellschaft völlig umkrepeln, nämlich sie von einer sich mehr oder weniger selbst entwickelnden in eine vollständig staatlich gelenkte umwandeln, siehe unser Kapitel „4. Das Problem mit der Arbeitsproduktivität“. Bisher hatten praktisch alle Betriebe und Konzerne als private Startups mal klein angefangen, das soll jetzt nicht mehr möglich sein. Schon deshalb ist ein kommunistisches System nur als Ein-Parteien-Herrschaft denkbar, denn mit diesem Verbot der unternehmerischen Freiheit kann sich keine bürgerliche Partei einverstanden erklären. Damit ist auch den Kommunisten klar, dass sie, wenn sie einmal die Macht in einem Land übernommen haben, auf lange Zeit von Feinden umgeben sein werden. Denn nicht nur die Fabrikbesitzer werden sich gegen so einen Umsturz wenden, sondern auch viele andere, die die Konsequenzen der Herrschaft der Kommunisten fürchten. Diese notwendigen Konsequenzen habe ich in den folgenden Kapiteln dargestellt. Die Strategie der Kommunisten gegen diese zu erwartenden Widerstände habe ich in meinem Kapitel „2. Die Machtfrage“ erläutert.

Am Ende des KM Kapitel 2 sagt Marx dann allerdings, dass diese Gwalt Herrschaft nur vorübergehend sein soll. „Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter.“ Marx hofft also, dass sich die ehemalige Bourgeoisie mit der Zeit an die kommunistischen Zustände gewöhnt (oder auch ausstirbt oder in Gefängnissen vermodert oder auswandert, da legt er sich nicht fest), und dass damit der Zwang zu ihrer Unterdrückung wegfällt. Damit wäre die „klassenlose Gesellschaft“ geschaffen, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“. Damit hat nach Marx die gesellschaftliche Entwicklung der Menschheit ihren höchstmöglichen Stand erreicht, nämlich den Kommunismus als „die gerechteste aller Gesellschaftsordnungen“, wie es bei uns in der DDR immer hieß. In diesem Stadium sollte der Staat und sogar das Geld abgeschafft werden, weil es dann keine Bedeutung mehr hat.

Witz: Anfrage an Sender Jerewan: „Wird es im Kommunismus noch Geld geben?“
Antwort: „Wir antworten hier salomonisch. Es wird im Kommunismus noch Leute geben, die Geld haben, und Leute, die keins haben.“

Natürlich legt sich Marx nicht fest, wie lange die Übergangszeit dauern könnte, bis diese paradiesischen Zustände eintreten und die Kommunisten auf die „despotische Unterdrückung“ ihrer Gegner verzichten können.

Witz: Der Sozialismus ist eine feine Sache, nur die ersten 100 Jahre davon sind einfach Scheiße.

An all diese Thesen, insbesondere an die letzte mit der klassenlosen Gesellschaft, kann man nun glauben oder auch nicht. Aber die Vorstellung einer klassenlosen Gesellschaft, in der nicht wie bisher immer nur das Geld regiert, ist schon verführerisch, gerade für junge Leute. Diese sind besonders empfänglich für kommunistische Ideen, weil bei ihnen der Gerechtigkeitssinn noch sehr ausgeprägt ist und sie selbst noch kein nennenswertes Privateigentum (Kapital) besitzen. Deshalb finden sie den Gedanken gar nicht so abwegig, dass alle nichts besitzen könnten. Außerdem kommen junge Menschen noch nicht auf die Idee, etwa mit ihren neuen Ideen eine Firma gründen und damit reich werden zu wollen. Karl Marx selbst entstammte zwar einer bürgerlichen Familie (sein Vater war Rechtsanwalt), aber er war aus der Art geschlagen. Er hatte kein Interesse am Geld Verdienen und lebte von Geldzuwendungen seines Vaters und von Friedrich Engels. Auch Marx hatte also kein Kapital und brauchte offenbar keines. Deshalb ist ihm auch dieses Gesellschaftsmodell eingefallen.

Mir wurde in der Schule beigebracht, dass „der Kommunismus eine Sache des Her-

zens ist“, was nichts anderes heißt, als dass man fest daran glauben muss. Es war der Pfarrer Koch in Eisenach, der mich konfirmiert hat, der mir beim Konfirmandenunterricht in den 1960er Jahren sagte: „Der Kommunismus ist auch nur eine Religion“. Ich hatte das damals noch nicht richtig verstanden, aber jetzt ist mir das klar. Man könnte auch sagen „Der Kommunismus ist eine Heilslehre, ähnlich wie das Christentum oder aktuell der Islamismus.“

In der DDR und in der Sowjetunion hatten die Gesellschaftswissenschaften einen hohen Stellenwert. An allen Universitäten der DDR gab es ein „Institut für Gesellschaftswissenschaften“, später umbenannt in „Institut für Marxismus-Leninismus“, was die Sache besser beschrieb.² In diesen Instituten arbeiteten hochbezahlte SED-Kader daran, der Lehre des Kommunismus einen wissenschaftlichen und damit unwiderlegbaren Anstrich zu geben. Ein oft zitierter Satz, wahrscheinlich von diesen „Wissenschaftlern“ erfunden, lautete: „Die Lehre von Karl Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist.“ Die Wende hat das Ende dieser Allmacht eingeläutet.

Meine ehemalige Freundin Angelika, die damals beim Studium in den 1970er Jahren eine überzeugte Kommunistin war, sagte mir mal: „Ich weigere ich einfach zu glauben, dass es keine Alternative zu dem kapitalistischen System geben soll.“ Das ist schon verständlich, wenn man die Schlechtigkeit dieser Welt sieht. Und wenn ich sie mit meinen politischen Argumenten gegen den Kommunismus in die Enge getrieben hatte, sagte sie mir: „Ich lasse mir von dir nicht meinen Glauben nehmen.“ Der nun folgende Satz wird Winston Churchill, Bernhard Shaw, oder auch anderen zugeschrieben, aber er passt hierher: „Wer mit 20 noch kein Kommunist ist, der hat kein Herz, und wer mit 30 noch Kommunist ist, der hat keinen Verstand.“ Warum letzteres so ist, werde ich in den folgenden Kapiteln näher beleuchten.

Nachdem wir nun einigermaßen wissen, was Kommunismus ist, stellt sich die Frage, was denn dann „Sozialismus“ ist. Dem Namen nach ist das eine Gesellschaftsordnung, in der die sozialen Aspekte im Vordergrund stehen, und auch das stimmt durchaus. Diese Gesellschaft sollte also alles dafür tun, dass es allen Menschen gut geht und dass es keine Armen und Entrechteten gibt. Aber, wie wir schon früher gesehen haben, das behauptet die Soziale Marktwirtschaft auch von sich. Es gibt auch in kapitalistischen Ländern sozialistische und sozialdemokratische Parteien, die sich genau dieses Ziel gesetzt haben. Die Frage ist also wieder, mit **welchen Mitteln** dieses Ziel erreicht werden soll. Und da scheiden sich die

² [https://de.wikipedia.org/wiki/Gesellschaftswissenschaftliches_Grundstudium_\(DDR\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Gesellschaftswissenschaftliches_Grundstudium_(DDR))

Geister. Im Kommunistischen Manifest von 1848 ist von Sozialismus noch keine Rede. Im KM Kapitel 3 wendet sich Marx nur **gegen** die verschiedensten damals schon existierenden Sozialismus-Konzepte, weil diese nicht die Eigentumsverhältnisse in der Gesellschaft grundlegend verändern wollten. Erst in der Schrift von Friedrich Engels „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ von 1880, zu der Marx ein Vorwort geschrieben hat, wird vom Sozialismus u.a. gesagt: „Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum“³. „Zunächst“ deshalb, weil ja der Staat nach Marx demnächst absterben sollte.

In allen ehemaligen sozialistischen Ländern, auch in der DDR, wurde der Sozialismus dementsprechend eindeutig als Vorstufe für den Kommunismus angesehen. Das erste sozialistische Land war bekanntlich die Sowjetunion, die nach dem zweiten Weltkrieg den von ihr besetzten Staaten nach und nach ihr politisches System aufgenötigt hat. Es wurde uns immer gesagt, dass der Sozialismus die erste Phase des Kommunismus ist, in der es noch die Unterdrückung der Gegner geben muss und noch nicht alle Wünsche wahr werden können. Ein oft zitiertes Prinzip des Sozialismus war: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“. Wer also im Sozialismus nicht arbeitete, sollte auch nicht gut leben. Im Kommunismus dagegen sollte gelten: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“.⁴ Das erinnert sehr an das heute wieder diskutierte bedingungslose Grundeinkommen.

In der DDR war der überwiegende Teil der Industrie verstaatlicht worden (entschädigungslos enteignet), die Gründung einer eigenen Firma war verboten (vielleicht mit Ausnahme kleiner Handwerksbetriebe), und man konnte privat keine Produktionsmittel kaufen (z.B. auch keinen LKW). Nach dem Krieg 1945 wurden alle landwirtschaftlichen Betriebe über 100 Hektar als Großgrundbesitz durch die von den Sowjets durchgeführte Bodenreform entschädigungslos enteignet.⁵ Dieses Land wurde zum Teil an sogenannte Neubauern (landlose Bauern) und Umsiedler vergeben, zum Teil entstanden daraus auch Staatsgüter. Die kleinen Bauern behielten zunächst ihr Land. Dieses und auch der Viehbestand wurde jedoch ab 1952 zunächst freiwillig und später durch Zwang kollektiviert, d.h. in die „Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“ (LPG) überführt.⁶ Dass es in der

³ <https://marx-wirklich-studieren.net/2012/11/27/friedrich-engels-die-entwicklung-des-sozialismus-von-der-utopie-zur-wissenschaft-1880/>

⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Sozialistisches_Leistungsprinzip

⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/Bodenreform_in_Deutschland#Bodenreform_in_der_Sowjetischen_Besatzungszone_ab_1945

⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Landwirtschaftliche_Produktionsgenossenschaft

DDR überhaupt noch kleinere privat geführte Produktionsbetriebe, Handwerksbetriebe und bäuerliche Betriebe gab, war eher ein Teil einer Politik, die kommunistische Tendenz beim Aufbau der DDR zu verschleiern, mehr dazu im folgenden Kapitel. Außerdem waren die letzten privaten Betriebe die produktivsten (siehe Kapitel „4. Das Problem mit der Arbeitsproduktivität“). Damit konnte man schlecht auf sie verzichten. Viele dieser Betriebe wurden im Jahr 1972 doch noch verstaatlicht (d.h. enteignet), um „die entwickelte sozialistische Gesellschaft“ zu gestalten, d.h. um näher an das Endziel des Kommunismus zu kommen. In der Sowjetunion und in China war der Grund und Boden von Anfang an zu 100 % in Staatsbesitz, und natürlich auch alle Betriebe. Die DDR hat bis zu ihrem Ende 1989 an diesem Endziel des Kommunismus festgehalten. Selbst zur Wendezeit erklärte Egon Krenz, der letzte Staatsratsvorsitzende (das war das höchste politische Amt der DDR) in seiner ersten Fernsehansprache, dass er „unbeirrt dem Gesetz der Geschichte folgen“ werde. Danach sei „der Sozialismus die einzige humanistische Alternative zum Kapitalismus“ und damit „Grund für unseren historischen Optimismus von der Unabwendbarkeit des Sieges des Sozialismus“⁷.

In der BRD hatten sich die Sozialdemokraten schon im Godesberger Programm 1959 vom Kommunismus verabschiedet⁸. In Italien gab es bis 1991 und in Frankreich gibt es bis heute eine Kommunistische Partei. Diese Parteien hatten sich in den 1970er Jahren (nach der Niederschlagung des Prager Aufstands 1968) vom Kommunismus sowjetischer Prägung distanziert und propagierten den sogenannten „Eurokommunismus“⁹, der eine Symbiose zwischen westlichen Demokratievorstellungen und den Ideen des Sozialismus zu realisieren versucht. Auch heutige junge Leute, die sich nach einer Alternative zur kapitalistischen Geldwirtschaft sehnen, wollen keine Diktatur und keine Einschränkung der persönlichen Freiheiten, sondern eher ein anarchistisches System, möglichst ganz ohne Staat, so wie es z.B. Ende des 19. bis Anfang des 20. Jahrhunderts in Spanien versucht wurde.¹⁰ Das haben mir vor Kurzem mal einige Jung-Sozialisten gesagt. Zur Realität solcher alternativen Sozialismus-Vorstellungen werde ich in den Kapiteln „2. Die Machtfrage“ und „8. Epilog“ etwas sagen. Den Sozialismus nach Marx gibt es meines Wissens heute nur noch in Kuba und in Nordkorea, über Länder wie Venezuela und Nicaragua weiß ich zu wenig. Auch im heutigen China gibt es eine Kommunistische Partei, die das Land fest im Griff hat. Aber das sind schon lange keine Kommunisten im oben beschriebenen Sinne mehr, sondern Staatsdiktatur-Kapitalis-

⁷ Mitteldeutsche Zeitung (Halle) 26./27.10.2019, S. 26 „Ein Aufbruch alter Männer“, von Steffen Könauf

⁸ https://de.wikipedia.org/wiki/Godesberger_Programm

⁹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Eurokommunismus>

¹⁰ https://de.wikipedia.org/wiki/Anarchismus_in_Spanien

ten. Sie bezeichnen sich nur als Kommunisten, weil sie die historischen Erfolge der Kommunisten unter Mao Tse Tung bei der Befreiung Chinas von den Japanern und Franzosen und bei der Entwicklung Chinas aus mittelalterlichen Verhältnissen in die Neuzeit für sich in Anspruch nehmen und dadurch an der Macht bleiben wollen. Dafür ist freilich das Ein-Parteien-System der Kommunisten mit Einschränkung der persönlichen Freiheit am besten geeignet. Ähnlich ist es wohl in Vietnam. Ich werde im Folgenden nur vom „Real existierenden Sozialismus“ auf Marx'scher Grundlage reden, wie er für die DDR typisch war, und der von überzeugten Kommunisten regiert wurde.

2. Die Machtfrage

Witz: Helmut Kohl sagt bei Honeckers Staatsbesuch 1987 in Bonn zu Erich Honecker: „Ich habe ein Hobby. Ich sammle die Witze, die die Leute über mich machen.“ Da sagt Honecker: „Ich habe ein ganz ähnliches Hobby. Ich sammle die Leute, die die Witze über mich machen.“

Wenn die Kommunisten eines verstanden haben, dann war es das: Sie müssen ein für alle Mal „die Machtfrage“ für sich geklärt haben. Das steht ja schon im Kommunistischen Manifest, siehe unser Kapitel 1. Ich habe im Staatsbürgerkunde-Unterricht gelernt, was „die Lehren aus der Pariser Commune“ waren. Zur Erinnerung: Die Pariser Commune war ein revolutionärer Pariser Stadtrat, der 1871 versucht hat, Paris nach sozialistischen Vorstellungen zu verwalten¹¹. Diese Bewegung wurde nach einigen Monaten blutig niedergeschlagen, die meisten gefangenen Kommunarden wurden entweder sofort standrechtlich erschossen, von Schnellgerichten abgeurteilt oder in die Kolonien deportiert. Für die Kommunisten waren die Lehren aus diesem Debakel: Eine Revolution kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie sich mit der Waffe verteidigen kann. Es war den Kommunisten also immer klar, dass sie ihre Macht nach der Übernahme auch mit der Waffe in der Hand gegen mächtige Gegner verteidigen können müssen, und dass es sein kann, dass sie jede Großzügigkeit gegenüber ihren Gegnern mit dem Verlust ihrer Macht bezahlen müssen. Das bedeutet, dass der Kommunismus und damit auch der Sozialismus als seine Vorstufe nur eine Diktatur sein kann, nämlich die „Diktatur des Proletariats“, wie es schon Marx in seiner Schrift „Kritik des Gothaer Programms“ formuliert hat.¹² In Wirklichkeit waren "Proletarier", also Fabrikarbeiter, weder in der DDR noch in der Sowjetunion oder in anderen sozialistischen Ländern maßgeblich an der Machtausübung beteiligt. Die politische Macht wurde von einer Schicht von Partei-Bürokraten und Funktionären (sogenannten „Bonzen“) ausge-

¹¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Pariser_Kommune

¹² http://www.mlwerke.de/me/me19/me19_013.htm

übt, die von sich behaupteten, die Interessen des Proletariats zu vertreten.

Nach dem zweiten Weltkrieg 1945 war das Gebiet der späteren DDR zunächst als „Sowjetische Besatzungszone“ von Sowjettruppen besetzt. Diese haben mit der „Gruppe Ulbricht“, die sie aus der Sowjetunion mitgebracht hatten, eine Regierung installiert, die den Aufbau des Sozialismus nach sowjetischem Muster zum Ziel hatte. Nach 1945 hatte Stalin die Vorstellung, dass sich, nach dem Abzug der Amerikaner aus Westdeutschland, ganz Deutschland freiwillig dem sowjetischen System anschließen könnte.¹³ Deshalb gab es im Gebiet der späteren DDR, im Gegensatz zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten, auch noch andere Parteien, wie die SPD (die 1946 mit der KPD zur SED vereinigt wurde, „zwangsvereinigt“ sagt man heute), die CDU, die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD), die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) und sogar eine Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) (alle auf Betreiben der Sowjets 1945 und danach gegründet)¹⁴. Diese Parteien bildeten zusammen mit anderen Massenorganisationen den sogenannten „demokratischen Block“. Die „Führende Partei“ war immer die SED, die diesen Anspruch sogar 1968 in die neue DDR-Verfassung aufgenommen hat.¹⁵ Nach 1945 waren die anderen Parteien (insbesondere die CDU) noch eine ernstzunehmende Opposition. Diese Parteien hatten bis zum Ende der DDR ihre eigenen Tageszeitungen. Ich erinnere mich, in einer sehr frühen CDU-Zeitung aus den 1950er Jahren, mal ironisch von den „Herren der allein-seligmachenden SED“ gelesen zu haben. Solche Frechheiten konnten sie sich später nicht mehr erlauben. Mit der Zeit hat die SED mit ihren Machtinstrumenten alle anderen Parteien des „Demokratischen Blocks“ erfolgreich ideologisch auf eine Linie mit der SED gebracht. Zu Nazi-Zeiten hätte man dazu „gleichgeschaltet“ gesagt. Damit wurden aus ihnen die sogenannten „Blockflöten“, und de facto war in der DDR eine Ein-Parteien-Herrschaft hergestellt, so wie sie für alle anderen sozialistischen Länder typisch war und ist. Damit war auch die Machtfrage in der DDR ein für alle Mal geklärt und die Allmacht der SED für alle Ewigkeit zementiert, wie sie dachten.

Die DDR als Staat wurde 1949 gegründet. Das heißt ja „Deutsche **Demokratische** Republik“, und es wurde von der SED sehr viel von Demokratie nach den Jahren des Faschismus gesprochen. Das hatte schon viele Menschen überzeugt. Es ist sicher nicht so, wie uns die sozialistische Propaganda glauben machen wollte, dass

¹³ https://www.deutschlandfunkkultur.de/stalins-plaene-fuer-nachkriegsdeutschland.950.de.html?dram:article_id=221699

¹⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Blockpartei#Antifaschistisch-demokratischer_Block

¹⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/Verfassung_der_Deutschen_Demokratischen_Republik

der überwiegende Teil der DDR-Bevölkerung immer fest hinter Partei und Regierung stand. Aber es hatte sich auch nur ein kleiner Teil davon öffentlich dagegen ausgesprochen. Nach meiner persönlichen Schätzung waren in meinem Bekanntheitskreis, der sicher weit über 100 Personen umfasste, höchstens 10 % vom Sozialismus als System überzeugt. Der Rest war mehr oder weniger dagegen eingestellt, sagte das aber nie öffentlich, wie später noch dargestellt wird. Nur eine verschwindend kleine Anzahl der DDR-Bürger waren „Dissidenten“ und sagten das auch öffentlich. Ich kannte keinen davon persönlich. Diese persönliche Abschätzung stimmt gut mit ähnlichen Abschätzungen in dem in diesem Zusammenhang sehr lesenswerten Buch „Volkes Stimmen“ überein.¹⁶ Über unser Staatsoberhaupt, von dem in jeder Gaststätte ein großes Bild hängen musste, machten wir uns lustig.

Witz: Wer ist der größte Säufer der DDR? Walter Ulbricht, der hängt in jeder Kneipe rum.

Zumindest am Anfang der DDR konnte man noch hoffen, dass alles mit der Zeit besser werden würde, und es gab ja auch Ansätze dazu. In den 1960er Jahren wurde das "Neue Ökonomische System" des Sozialismus propagiert, in dem die Betriebe mehr Eigenständigkeit erlangen und die Mitarbeiter auch materiell am Erfolg der Betriebe beteiligt werden sollten.¹⁷ Da aber diese Politik nur halbherzig umgesetzt wurde und wegen ungenügender materieller Ressourcen nicht genügend erfolgreich war, wurde sie ab 1970 unter Erich Honecker wieder aufgegeben. Ich selbst hatte in meiner Zeit in einem FDJ-Singecub in den 1970er Jahren noch gedacht, dass man die Menschen durch Erziehung geeigneter für den Sozialismus machen muss. Ich hatte damals noch nicht erkannt, dass der Sozialismus nicht geeignet für die Menschen ist, so wie sie nun einmal sind. Damit will ich nicht sagen, dass wir im Sozialismus alle unglücklich gewesen wären. Nein, wir hatten uns darin eingerichtet, so gut es eben ging. Es gab unser Privatleben, das durchaus glücklich und erfüllt sein konnte, und es gab den politischen Teil des Berufslebens, den man möglichst auf ein Minimum reduzierte. Wir hatten eingesehen, dass wir am politischen System nichts ändern können und betrachteten dieses System eher spöttisch (siehe die Witze in diesem Büchlein) als dass wir ernsthaft darunter gelitten hätten. Das unterschied uns Normalbürger von den echten Dissidenten. Walter Ulbricht hat in einer internen Besprechung einmal gesagt: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben“. So etwas wurde natürlich nie öffentlich gesagt. Es war den Kommunisten also immer klar, dass sie es nicht wagen konnten, ihre Macht durch eine wirklich demokratische Wahl aufs Spiel zu

¹⁶ Siegfried Suckut (HG.): Volkes Stimmen, dtv 2019.

¹⁷ https://de.wikipedia.org/wiki/Neues_ökonomisches_System_der_Planung_und_Leitung

setzen, denn dann hätten sie ja abgewählt werden können. Also veranstalteten sie Scheinwahlen. Diese funktionierten folgendermaßen: Zunächst wurde für jeden Wahlbezirk unter Führung der SED eine Liste von „Kandidaten der Nationalen Front“ erstellt, die später die Geschicke des Landes lenken sollten. In dieser Liste waren immer SED-Mitglieder dominant, aber es gab auch Kandidaten der anderen Blockparteien, sofern diese Kandidaten ideologisch auf einer Linie mit der SED lagen. Kandidaten, die das sozialistische System infrage stellten, gab es nicht. Bei der Wahl war es die Aufgabe der Wähler, den Zettel mit dem Wahlvorschlag zu falten und in die bereitstehende Wahlurne zu werfen. Ein Kreuz musste nicht gemacht werden. Deshalb wurde das Wählen von uns auch „Falten“ genannt. Das sozialistische System hat sehr darauf geachtet, dass auch jeder Bürger „wählen“ ging, denn eine hohe Wahlbeteiligung galt der Regierung als Zeichen der Zustimmung der Bevölkerung zu ihrer Politik. Wer nicht wählen ging, dem wurde die Wahlurne nach Hause gebracht. Und wenn er sich weigerte, dann musste er mit Repressalien rechnen. Es gab in den Wahllokalen oft keine Wahlkabinen, aber es gab zumindest Tische mit Stiften, an denen die Wähler im Prinzip etwas in die Wahlzettel eintragen konnten. Wenn jemand das machte oder in eine Wahlkabine ging, dann musste er auch mit Repressalien rechnen.

Das infamste bei dieser „Wahl“ war: Keiner wusste, wie man eine gültige „Nein“-Stimme fabriziert. Das war ein gut gehütetes Geheimnis. Wenn man einen oder mehrere der Kandidaten durchstrich, selbst wenn nur noch einer stehen blieb, dann war das immer noch eine „Ja“-Stimme. Wenn man den gesamten Wahlzettel kreuzweise durchstrich oder etwas darauf schrieb oder den Zettel zerriss, dann war das eine ungültige Stimme. Bei einer der letzten Wahlen in der DDR habe ich den Wahlleiter im Wahlbüro gefragt: „Wie macht man eigentlich eine gültige „Nein“-Stimme?“. Die Antwort war: „Warum wollen Sie denn das wissen?“. Ich sagte, dass man das doch bei einer Wahl wenigstens wissen sollte, aber weder der Wahlleiter noch jemand anderes im Raum konnte oder wollte mir sagen, wie man eine gültige „Nein“-Stimme macht. Dabei wusste ich es damals: Man musste alle Kandidaten fein säuberlich einzeln durchstreichen. Aber das wussten die Wenigsten. Auf diese Art hatte der Wahlvorschlag der SED immer weit über 99% „Ja“-Stimmen. Wie die Wahlbeobachter der Bürgerbewegungen bei der letzten Wahl in der DDR 1989 nachweisen konnten, wurden die Wahlergebnisse auch ganz einfach gefälscht.

Die Justiz in der DDR war, zumindest in Hinsicht auf „politische Vergehen“, keinesfalls unabhängig, sondern eine SED-Staatsjustiz.¹⁸ Es gab keine Richter oder Anwälte, die dem Staat kritisch gegenübergestanden hätten, nur „politisch zuverlässig“.

¹⁸ <https://de.wikipedia.org/wiki/DDR-Justiz>

sige“ Personen wurden zu solchen Ämtern berufen. Der Staat konnte nicht verklagt werden. Es gab Gummi-Paragrafen wie den § 220, nach dem die „Öffentliche Herabwürdigung der staatlichen Ordnung“ unter Strafe gestellt wurde.¹⁹ Damit konnte man jede Kritik an den Zuständen in der DDR als kriminell abstempeln. Die DDR war nach heutigen Maßstäben also alles andere als ein Rechtsstaat.

Ein wesentlicher Faktor für die Erhaltung der Macht der Kommunisten waren ihre Geheimdienste. In der DDR war das das Ministerium für Staatssicherheit, kurz „Stasi“ genannt. Zu diesem Thema ist ja schon viel berichtet und geschrieben worden, so dass ich mich hier kurzfassen kann. Die Stasi, 1950 nach dem Muster des sowjetischen Geheimdienstes KGB gegründet, war „Schwert und Schild der Partei“, natürlich der SED. Ihre Aufgabe war, alle Aktivitäten gegen die sozialistische Regierung zu erfassen und letztlich zu verhindern. In den Händen der Stasi war man, vor allem in den 50er Jahren, seines Lebens nicht sicher. Mein Freund Martin hat mir folgende Geschichte erzählt, die ihm seine Mutter erzählt hat. Sie war als junge Lehrerin Anfang der 50er Jahre in Eisleben. Dort hat ein Kollege einmal eine unvorsichtige Bemerkung über Stalin gemacht. Am nächsten Tag wurde er abgeholt und ist nie wieder aufgetaucht. Niemand kennt sein Schicksal. Die Stasi stand über den Gesetzen der DDR. Sie hatte ihre eigenen Gefängnisse, z.B. in Bautzen und Berlin Hohenschönhausen, in denen sie ihre Opfer auch folterte.²⁰ Wenn man in den Stasi-Knast kam, dann gab es keinen Prozess und keinen Anwalt, und die Angehörigen erfuhren nicht, wo man war. Später, in den 70er und 80er Jahren hatte die DDR die Schlussakte von Helsinki unterschrieben und sich damit formal zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet. Die darin enthaltene Reise- und Informationsfreiheit hat sie jedoch nie gewährt. In dieser Zeit hat die Stasi ihre „Feinde“, soweit sie sie nicht nach den Gesetzen der DDR verurteilen konnte, nicht mehr umgebracht, sondern mit Mitteln der psychologischen Zersetzung zermürbt und zur Ausreise genötigt. Die Bevölkerung wurde mit „inoffiziellen Mitarbeitern“, also mit Stasi-Spitzeln, durchsetzt. Diese Spitzel waren zum Teil vom System der DDR überzeugt, zum Teil wurden sie auch zur Mitarbeit genötigt, etwa wenn sie für gewisse Vergehen (z.B. gescheiterte Republikflucht) vor die Entscheidung gestellt wurden: Knast oder Stasi-Spitzel werden. Wer Stasi-Spitzel war, war nicht bekannt und wurde streng geheim gehalten. Es konnte also jeder in der Umgebung sein. Man sagt, dass etwa 1% aller DDR-Bürger Stasi-Spitzel waren. Also insgesamt etwa 170 000 Personen.

¹⁹ [https://de.wikipedia.org/wiki/Strafgesetzbuch_\(DDR\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Strafgesetzbuch_(DDR))

²⁰ https://de.wikipedia.org/wiki/Ministerium_für_Staatssicherheit

Zu DDR-Zeiten erfolgte die Übermittlung von Information der Menschen untereinander hauptsächlich über den Postweg oder per Telefon. Die Stasi hat diese Informationskanäle vollständig kontrolliert.^{21,22,23} Wenn die chinesische Regierung heutzutage das Internet kontrolliert, dann ist das also gute kommunistische Tradition. Wenn in der DDR Briefe an Regierungsstellen, Parteifunktionäre, Zeitschriften und Sendeanstalten systemkritische Inhalte hatten oder anonym waren, dann wurden sie von dort automatisch an die Hauptabteilung (HA) XX der Stasi weitergeleitet, die für den Kampf gegen oppositionelle Tendenzen verantwortlich war, und erreichten ihre Adressaten nicht. Anonyme Briefe an die Staats- und Parteichefs wurden von der Abteilung M der Stasi, die für die Postkontrolle verantwortlich war, herausgefiltert und ebenfalls an die HA XX weitergeleitet. Auch alle Briefe aus der und in die BRD wurden überprüft und bei Verdacht (Briefe an Politiker oder Sendeanstalten, anonyme Briefe, besonders schwere Briefe, die Dokumente enthalten könnten) geöffnet und entfernt. Täglich prüften die Post-Kontrolleure bis zu 100.000 Briefe und nahmen die „verdächtigen“ heraus bzw. öffnete sie. Aus diesen Briefen speist sich das auf S. 14 erwähnte Buch „Volkes Stimmen“. In den Postämtern der DDR gab es besondere Abteilungen, in denen alle Päckchen und Pakete aus der BRD kontrolliert (durchleuchtet) und bei Verdacht geöffnet wurden. Nicht alle Waren durften verschickt werden. Wenn sich nicht genehmigte Dinge in einem Paket befanden (z.B. Geld, Druckerzeugnisse, Tonbandkassetten), dann wurden diese herausgenommen oder das Paket ganz konfisziert. Auch alle Telefonleitungen in die BRD (es waren nicht sehr viele) wurden von der Stasi abgehört und aufgezeichnet, und die Leitungen wurden unterbrochen, sowie die Gespräche politisch wurden (ist mir selbst passiert). Die wenigsten DDR-Bürger hatten ein eigenes Telefon. Staatsbekannte Dissidenten bekamen jedoch oft erstaunlich schnell ein eigenes Telefon, damit die Stasi sie damit abhören konnte.

Die sozialistischen Regierungen haben nicht gezögert, ihre Macht auch mit Waffengewalt gegen die eigene Bevölkerung durchzusetzen. Bei dem Volksaufstand in der DDR gegen das kommunistische Regime 1953, wie auch bei dem Volksaufstand der Ungarn 1956 und zuletzt bei der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 kam die Sowjetarmee den bedrängten kommunistischen Regierungen mit Panzern und bewaffneten Truppen zu Hilfe. Das ist letztlich der Grund, weshalb

²¹ <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/223937/postkontrolle>

²² <http://www.briefmarkenverein-berliner-baer.de/vereinszeitung/241-1-stasi.htm>

²³ <https://www.demokratie-statt-diktatur.de/stasi-und-die-menschenrechte/postgeheimnis/>

sich das sozialistische System so lange halten konnte, immerhin 40 Jahre in der DDR und sogar 70 Jahre in der Sowjetunion. Dieses System ist am Ende durch seine ökonomische Unfähigkeit zugrunde gegangen (siehe Kapitel „4. Das Problem mit der Arbeitsproduktivität“), nicht durch mangelnde Wachsamkeit.

Auch im Wendejahr 1989 wurde befürchtet, dass sowjetische oder auch DDR-Truppen die Demonstrationen wieder niederschlagen könnten. Es gab damals detaillierte Pläne der Stasi zur Einrichtung von Gefangenenlagern für massenhafte Verhaftungen (zu denen es bereits Namenslisten gab), wozu es glücklicherweise nicht gekommen ist. Es wurde bis zur Grenzöffnung befürchtet, dass die Öffnung der ungarischen und tschechischen Grenze und die Möglichkeit, über eine BRD-Botschaft auszureisen, nur eine kurzzeitige Chance wäre und die Regierung jederzeit wieder die Grenzen schließen könnte. Das Bewusstsein der Endgültigkeit der Macht der Kommunisten war nicht nur bei denen, sondern auch in der DDR-Bevölkerung sehr ausgeprägt. Kaum einer konnte sich damals vorstellen, wie schnell das mit dem Ende dieser Herrschaft und der Öffnung der Grenze gehen würde. Neben dem lawinenartigen Anwachsen der Ausreisewilligen waren auch die wachsende Zahl der nicht mehr schweigenden Dissidenten, deren zunehmend bessere Organisation (vor allem unter dem Schutz der Evangelischen Kirche), und deren wachsender Einfluss auf die Gesellschaft wichtige Faktoren für das schnelle Ende der SED-Staatsmacht.

Glücklicherweise war in dieser Zeit Michael Gorbatschow der mächtige Mann in Moskau. Dieser war im Gegensatz zu seinen Vorgängern der Meinung, dass sich die Sowjetunion nicht in die inneren Angelegenheiten der „Bruderstaaten“ einmischen sollte. Er hat ja auch die Politik von „Glasnost“ (offene Berichterstattung und Meinungsäußerung) und „Perestroika“ (Umwandlung der Gesellschaft) vertreten. Man könnte sagen, dass Gorbatschow ein Vertreter der Idee des „demokratischen Sozialismus“ war. Diese Idee hatten ja schon andere, z.B. die Tschechen beim Prager Frühling oder die Euro-Kommunisten. Es hat sich jedoch gerade in der Wendezeit immer wieder herausgestellt, dass der Sozialismus nur als Diktatur stabil ist. „Demokratischer Sozialismus“ würde ja heißen, dass sich die Sozialisten (Kommunisten) einer freien Wahl stellen, in der sie auch verlieren könnten. Bei der ersten und einzigen freien Wahl in der DDR 1990 hat die SED, die sich damals schon in „Partei des Demokratischen Sozialismus“ umbenannt hatte, ein Ergebnis von gerade einmal 16,4 % eingefahren.²⁴ Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und auch die Sozialistische Einheitspartei Westberlin (SEW) haben regelmäßig Wahlerfolge von wenigen bis unter 1 % eingefahren.²⁵ Erst jetzt (2019) hat „Die

²⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Volkstammerwahl_1990

²⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Kommunistische_Partei

Linke“ in Thüringen mal eine Wahl knapp mit 31 % gewonnen. Das aber nur, weil der linke Ministerpräsident Bodo Ramelow (aus dem Westen kommend) eine gute Kommunalpolitik gemacht und sich selbst glaubhaft von kommunistischen Ideen distanziert hat. Ob letzteres für alle Alt-SED-Mitglieder der Linken gilt, darf bezweifelt werden. Der Sozialismus ist also immer ein repressives System, wie wir gesehen haben. Sobald der Druck von der Bevölkerung genommen wird und sie die freie Wahl haben, entscheiden sie sich in der Regel anders und es ist aus mit diesem Sozialismus. Das war in der DDR und auch in allen anderen sozialistischen Ländern einschließlich der Sowjetunion der Fall. Deshalb ist der Begriff „Demokratischer Sozialismus“ äquivalent mit dem Begriff „Gerösteter Schneeball“. Diese beiden Begriffe schließen sich aus. Die Einführung der Demokratie bedeutete bisher immer die Aufgabe des Sozialismus. Deshalb wird im heutigen Russland Gorbatschow zu Recht vorgeworfen, dass er das gesamte sozialistische System, in dem die Sowjetunion als Weltmacht die führende Rolle spielte, ruiniert hat, indem er die harte Unterdrückungs-Gangart seiner Vorgänger aufgeweicht hat.

Eine sehr soziale und demokratische Marktwirtschaft, die durchaus auch staatlich reguliert ist, kann es dagegen durchaus geben. Das zeigen seit Langem die skandinavischen Staaten, und auch in Deutschland redete man früher von der „Sozialen Marktwirtschaft“. Aber so eine Staatsform darf keinesfalls „Demokratischer Sozialismus“ genannt werden, mit „Sozialismus“ als Hauptwort und „Demokratischer“ nur als Adjektiv, weil der Begriff „Sozialismus“ fest für den Sozialismus nach Marx steht, der nicht demokratisch sein kann und darf.

3. Schwierigkeiten mit der Wahrheit

Witz: Lass mich an Beispielen erklären, was es mit dem Sozialismus auf sich hat. Da gab es mal einen Karl Marx, der hat das Buch „Das Kapital“ geschrieben. Aber Marx hatte gar kein Kapital, er war ein armes Würstchen und lebte vom Geld seines Vaters. Und dann gab es einen Friedrich Engels. Der hat das Buch „Der Ursprung der Familie“ geschrieben. Aber Engels hatte gar keine Familie, er war Zeit seines Lebens Single. Und dann war da die Oktoberrevolution. Aber die war gar nicht im Oktober, die war im November (die Russen hatten damals einen anderen Kalender). Und dann gibt es die Deutsche Demokratische Republik, aber die ist gar nicht demokratisch. Es ist im Sozialismus eben alles anders, als es gesagt wird.

Witz: Was ist Realismus? Wenn einer eine Katze fangen will und dazu in einen Raum geht, in dem eine Katze ist. Was ist Idealismus? Wenn einer eine Katze fangen will und dazu in einen Raum geht, in dem keine Katze ist. Was ist Kommunismus? Wenn einer eine Katze fangen will, dazu in einen Raum geht, in dem keine

Katze ist, und dann ruft: „Ich habe sie!“

Der Altkommunist Walter Janka hat nach der Wende ein Buch mit diesem Titel geschrieben²⁶, in dem er sein persönliches Schicksal im Rahmen der gesellschaftlichen Entwicklung in der Sowjetunion und in der DDR dargestellt hat. Der Grundtenor ist: Die Kommunisten lügen und betrügen, um an der Macht zu bleiben und ihr System zu erhalten. Und ich sage: Das muss auch so sein! Denn wir haben in unserem Kapitel 1 gesehen, dass die Kommunisten sich als Sieger der Geschichte fühlen. Sie fühlen sich als die Vertreter des einzigen Systems, das angeblich alle Bürger in die lichte Zukunft der Menschheit führt. Und was sollen sie nun sagen, wenn es mal nicht so klappt mit der lichten Zukunft, insbesondere in der Gegenwart? Wenn man das Blaue vom Himmel verspricht und dann kaum etwas davon eintritt? Ja, dann muss die Gegenwart eben mal besser dargestellt werden, als sie in Wahrheit ist. Die Kommunisten haben die Fakten immer selektiv interpretiert, indem sie nur das zur Kenntnis genommen haben, was zu ihrer Ideologie passte. Die Wirklichkeit wurde an die Weltanschauung angepasst, nicht umgekehrt.

Wenn es ökonomische Schwierigkeiten gab, dann mussten andere, äußere und innere Feinde, für die eigene Misere verantwortlich gemacht werden. Das ist auch der tiefere Grund für die berüchtigten Säuberungsaktionen innerhalb der sozialistischen Parteien, denen in der Sowjetunion im Stalinismus Millionen und auch bei uns viele unschuldige Parteiarbeiter zum Opfer fielen²⁷. Der Stalinismus als eine besonders brutale Form des Sozialismus (übertroffen nur noch durch das mörderische Pol Pot Regime in Kambodscha²⁸) wurde vor allem durch Josef Stalins ausgeprägten Verfolgungswahn (Paranoia) geprägt. Aber auch die anderen sozialistischen Staaten haben vom Stalinismus das harte Durchgreifen gegenüber echten oder vermeintlichen Staatsfeinden übernommen. Insbesondere in der DDR wurde der Stalinismus, im Gegensatz zur Sowjetunion, nie offiziell aufgearbeitet und verurteilt. Nur die vielen Stalin-Straßen und -Alleen wurden wieder umbenannt, die Darstellungen von Marx, Engels und Lenin wurden in Zukunft ohne Stalin gezeigt, und die Stalin-Bücher verschwanden aus den Büchereien.

Eine Besonderheit des DDR-Sozialismus war, dass unsere Regierung niemals eigene Fehler eingestehen konnte. Es gab ja diesen Parteisonn „Die Partei, die Partei, die hat immer recht“²⁹. Da die Kommunisten angeblich immer das Richtige

²⁶ <https://www.amazon.de/Schwierigkeiten-mit-Wahrheit-Walter-Janka/dp/3351017634>

²⁷ https://de.wikipedia.org/wiki/Politische_Säuberung

²⁸ https://de.wikipedia.org/wiki/Pol_Pot

²⁹ <https://www.golyr.de/volkslieder-ddr/songtext-lied-der-partei-die-partei-hat-immer-recht-1950-451422.html>

machen, können sie nicht zugeben, auch einmal Fehler gemacht zu haben, denn dann könnte man ja ihre Führungsrolle generell infrage stellen. Sicher gab es immer auch unterschiedliche Meinungen und Machtkämpfe innerhalb der Regierung der DDR, aber darüber drang nichts an die Öffentlichkeit. Nach außen hin wurde immer nur Einigkeit demonstriert. Beschlüsse wurden immer nur einstimmig gefasst. Insbesondere die höchsten kommunistischen Führer, wie Lenin und Stalin (Sowjetunion), Tito (Jugoslawien), Mao Tse Tung (China), und auch die obersten Parteiführer der DDR galten in der Öffentlichkeit als unfehlbar, genauso wie der Papst. Das ist auch der Grund, weshalb höchste kommunistische Führer in der Regel nur vom Tod aus dem Amt gerufen wurden.

Witz: Ein amerikanischer Astronaut und ein sowjetischer und ein deutscher Kosmonaut sind im Weltraum in einer Kapsel. Da winkt ihnen, von außen durch die Luke, ein alter Mann mit Bart zu, eindeutig der liebe Gott. Wie reagieren nach der Rückkehr ihre Regierungen? Die Amerikaner sagen: Das ist toll, we are god's own country, lasst uns das Publik machen. Die Russen sagen: Wir sind ein atheistisches Land. Wer etwas davon erzählt, wird sofort erschossen. Und was sagt Erich Honecker? „Na, sieht er mir ein bisschen ähnlich?“

Ein wichtiges Prinzip des Sozialismus war schon immer das Monopol über die Information. Etwas zu verschweigen ist ja auch eine Form der Lüge. Wir durften vielleicht alles essen, wenn wir es denn bekamen, aber wir durften nicht alles wissen. Partei und Regierung hielten das Volk nicht für mündig genug, sich eine eigene Meinung bilden zu können. Die „Volksbildung“ spielte da eine große Rolle. Die Kinder wurden schon im Kindergarten zur „Liebe zu unserem sozialistischen Vaterland“ erzogen. Das ging in der Schule weiter, in der es ab der 7. Klasse das Fach „Staatsbürgerkunde“ gab, und sogar an den Universitäten mussten alle Studenten, egal was sie studierten, das Fach „Wissenschaftlicher Kommunismus“ belegen. An der Karl-Marx-Universität Leipzig durfte das Prädikat eines Diplom- oder Promotions-Abschlusses höchstens einen Grad besser sein als das Prädikat in „Wissenschaftlicher Kommunismus“. In allen Betrieben und Instituten gab es regelmäßig Betriebsversammlungen, in denen uns die Erfolge der Politik von Partei und Regierung dargelegt wurden und wir ermahnt wurden, unsere ganze Kraft für den Aufbau des Sozialismus einzusetzen. Man konnte der Staatsindoktrinierung nicht entkommen, man musste sich hin und wieder auch selbst entsprechend äußern, z.B. in diesen Betriebsversammlungen oder im Fach Staatsbürgerkunde. Wir wussten dann schon, was sie hören wollten, und haben uns darauf eingestellt. Das hatte zur Folge, dass der typische DDR-Bürger zwei Meinungen hatte, eine offizielle für Schule und Arbeit, also für die Öffentlichkeit, und eine private. Jawohl, wir mussten Zustimmung zum sozialistischen System heucheln, sonst hätten wir Ärger

bekommen. Ärger bedeutete zum Beispiel, dass man dann nicht zur Oberschule oder zum Studium zugelassen wurde, siehe Kapitel „5. Der Proletenkult“. Nahezu alle Kinder und Jugendliche der DDR waren Mitglied in der „Pionierorganisation Ernst Thälmann“ und danach in der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ). Das waren die Kinder- und die Jugendorganisation der SED. Dort Mitglied zu sein war einfach ein Akt der Anpassung. Dort waren nur Kinder von Pfarrern oder Dissidenten nicht vertreten, und die hatten dann ganz schlechte Karten bei ihrer beruflichen Karriere. Fast 20 % aller Erwachsenen waren gegen Ende der DDR Mitglieder der SED. Aber das hatte nur wenig mit ihrer politischen Überzeugung zu tun, sondern war oft nur ein Karriere-Sprungbrett, weil man eine leitende Funktion in der Regel nur als SED-Mitglied bekam.

Witz: Der typische DDR-Bürger hat vor allem drei Tugenden: Intelligenz, Ehrlichkeit und Parteilichkeit. Aber die sind nie gleichmäßig verteilt, man hat immer nur zwei davon und die dritte nicht. Also man ist z.B. intelligent und ehrlich, dann ist man nicht parteilich. Oder man ist intelligent und parteilich, dann ist man nicht ehrlich. Oder man ist ehrlich und parteilich, dann ist man doof.

Alle Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten mussten immer an der Demonstration zum 1. Mai teilnehmen. Das wurde kontrolliert, wer da nicht teilnahm, bekam auch Ärger. Jeder Arbeiter und Angestellter in der DDR hatte eine „Kaderakte“, die er jedoch nie zu Gesicht bekam. Diese Kaderakten wurden vom hauptamtlichen Kaderleiter des jeweiligen Betriebs, der immer ein ausgesucht lumentreuer SED-Genosse war, geführt und unter Verschluss gehalten. In diese Kaderakte kamen, neben allen personenbezogenen Daten, auch über etwaige West-Verwandtschaft, alle Einschätzungen von Vorgesetzten über die politische (Un-)Zuverlässigkeit des Betreffenden. Wenn ich oben geschrieben hatte, dass man „Ärger“ bekam, dann hieß das auch, dass man einen entsprechenden Eintrag in diese Kaderakte bekam, über dessen konkreten Inhalt man jedoch nicht informiert wurde. Aber wenn man beruflich aufsteigen wollte, dann kam es darauf an, was in der Kaderakte stand. Auch wenn man sich irgendwo mal um eine Stelle beworben hatte, dann wanderte zuerst die eigene Kaderakte zu dem Kaderleiter der Institution, und nach deren Inhalt wurde dort entschieden, ob man für die betreffende Stelle überhaupt infrage kam. Damit war jeder DDR-Bürger in Bezug auf seine politische Zuverlässigkeit „gläsern“. Ich selbst habe meine Kaderakte erst Monate nach der Wende ausgehändigt bekommen, und da hatte die damalige Kaderleiterin schon genug Zeit gehabt, alle kritischen Eintragungen daraus zu entfernen. Wenn man das alles weiß, dann mutet es besonders befremdlich an, wenn sich die SED-Nachfolgepartei „Die Linken“ jetzt als Verteidiger des persönlichen Datenschutzes ausgibt.

Wir hatten in der DDR keine freie Presse. Alles, was veröffentlicht werden sollte, musste vorher von Vertretern des Staats abgesegnet werden. Das galt nicht nur für Zeitungen und Zeitschriften, sondern auch für alle Bücher und natürlich für die Funk-Medien. Besucher aus der BRD durften keinerlei Druckerzeugnisse mitbringen, selbst Modezeitschriften waren nicht gestattet. Kommunismus-kritische Bücher wie „Die Farm der Tiere“ waren natürlich streng verboten. Man hat auch verhindert, dass solche oder andere kritische Texte (z.B. Flugblätter) vervielfältigt werden, indem Kopierapparate nicht verfügbar waren. Nur Betriebe hatten Kopierer (meistens in schlechter Qualität, Ormig oder Lichtpause, sehr langsam), und die mussten streng darauf achten, dass diese Geräte immer unter Verschluss waren und keinesfalls privat genutzt wurden. Auch Pop-Musik aus dem Westen galt als dekadent und wurde, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in der DDR nicht vertrieben. DDR-Bands mussten ihre Liedtexte vor der Veröffentlichung kontrollieren und absegnen lassen. Wenn eine Band das nur unwillig tat oder zu umgehen versuchte, dann wurden ihnen die Auftritte verboten, wie es z.B. der bekannten Band "Klaus Renft Combo" erging.³⁰ Die Texter der Bands haben immer versucht, ihre politischen Botschaften in poetischen Bildern zu verkleiden, so dass die Zensoren sie nicht gleich entdeckten. Wir als Hörer hatten aber gelernt, auch die Texte zwischen den Zeilen zu lesen. In Diskotheken und sogar auf Betriebsfeiern musste immer eine Liste der gespielten Titel vorgelegt werden, und da mussten mindestens 60 % der Titel aus sozialistischen Ländern sein und maximal 40 % durften Titel aus kapitalistischen Ländern sein.

Leider gab es da das Westfernsehen, das nicht aufgehalten werden konnte. Sie haben es versucht, indem sie in den 1950er Jahren den Leuten die Westantennen auf dem Dach (erkennbar an der Ausrichtung) von FDJlern absägen ließen. Sie haben auch bewusst in der DDR ein anderes technisches Verfahren beim Farbfernsehen (SECAM) als in der BRD (PAL) eingeführt. Aber da haben die Leute eben schwarz-weiß gesehen, oder findige Tüftler haben PAL-SECAM-Konverter gebaut. Es gab nur ein Gebiet in der DDR, in dem kein Westfernsehen zu empfangen war. Das war das Gebiet rings um Dresden, im Rest der DDR auch als das „Tal der Ahnungslosen“ bekannt. In diesem Gebiet sind jetzt die Rechten besonders stark, ein Zufall? Im gesamten Rest der DDR hat das mit dem Monopol über die Information wegen des Westfernsehens nicht so recht funktioniert. Auch das hat mit dazu beigetragen, dass die sozialistischen Staaten am Ende zusammenbrachen. In anderen Ländern wie der Sowjetunion oder in China klappte das schon besser. Da konnte man der Bevölkerung schon eher einreden, dass sie im besten Land auf der Welt leben. In Nordkorea glauben das die Leute wahrscheinlich bis heute.

³⁰ https://de.wikipedia.org/wiki/Klaus_Renft_Combo

4. Das Problem mit der Arbeitsproduktivität

Witz: Frage im Laden: „Gibt es hier keine Hosen?“ Antwort: „Nein, hier gibt es nur keine Jacken. Keine Hosen gibt es nebenan.“

Die DDR und überhaupt alle sozialistischen Länder waren durch eine immerwährende Mangelwirtschaft gekennzeichnet. Es gab, von einigen Ausnahmen für die Grundversorgung der Bevölkerung abgesehen, buchstäblich von allem zu wenig, und vieles gab es überhaupt nicht oder nur an bestimmten Stellen, in der DDR zum Beispiel nur in Berlin (z.B. H-Milch). Typisch war, dass man in Berlin am Alexanderplatz sofort einen Farbfernseher kaufen konnte, während man sich z.B. in Halle an dem Tag, für den eine Lieferung angekündigt war, morgens um 6 Uhr vor dem geschlossenen Laden anstellen musste, um noch einen zu ergattern. In der DDR gab es deshalb auch sehr viel weniger Reklame als im Westen, denn das Problem war nicht, welches Produkt man kauft, sondern ob man überhaupt etwas bekam. Auch für den Umweltschutz und für die Erhaltung alter Bausubstanz war kein Geld übrig. Umweltdaten waren in der DDR Staatsgeheimnis, und der Verfall der Städte wurde sarkastisch mit dem Spruch kommentiert: „Ruinen schaffen ohne Waffen“. Wie das auf S. 14 erwähnte Buch „Volkes Stimmen“ zeigt, haben die DDR-Bürger oft vermutet, dass das große unproduktive Heer von SED-Funktionären und Staatsbeamten oder der enorme Transfer von DDR-Produkten an andere sozialistische Staaten (insbesondere die Sowjetunion, die z.B. Eisenbahnwaggons und Uran aus der DDR bezogen) für diese Mangelwirtschaft verantwortlich wären. Der eigentliche Grund dafür kann aber ganz einfach gesagt werden: In der DDR, und überhaupt in den Ländern des Sozialismus, galt das Primat der Ideologie über die Ökonomie. Die sogenannte „Freie Wirtschaft“, also jede unternehmerische Tätigkeit wie die Gründung eines Betriebs oder Geschäfts mit dem Ziel der Erwirtschaftung von Gewinn, war im Sozialismus aus ideologischen Gründen verboten (siehe unser Kapitel „1. Wovon reden wir eigentlich?“), das war allein dem Staat vorbehalten. Aber der Staat ist nun einmal nicht der bessere Unternehmer. Die ökonomischen Schwierigkeiten aller sozialistischen Länder wurden auch durch Einflussnahme des Westens gezielt und systematisch verschärft, z.B. durch Embargo Maßnahmen.³¹

Ich will versuchen, das ökonomische System des Sozialismus in seinen Grundzügen zu beschreiben. Sicher, in der DDR gab es noch Geld, wir bekamen unser Gehalt, und es wurde auch in der Wirtschaft damit gerechnet. Aber diese „Mark der DDR“ (hier abgekürzt: „M“, vorher "Mark deutscher Notenbank" genannt) war nicht konvertierbar. Damit wurde unsere Ökonomie von der des Westens abgekoppelt.

³¹ <http://www.ddd-wissen.de/wiki/ddd.pl?CoCom-Liste>

Auf dem Schwarzmarkt war eine D-Mark über viele Jahre lang 5 M wert. Wenn BRD-Bürger dagegen in die DDR zu Besuch kamen (wir durften ja nicht in den Westen, siehe Kapitel „6. Die persönliche Freiheit“), dann gab es einen Zwangsumtausch einer bestimmten Summe pro Tag im Verhältnis 1 : 1. Das war eine der Strategien der Regierung, an Westgeld zu kommen, das sie dringend benötigte, um die Dinge zu kaufen, die wir nicht selbst produzieren konnten. Eine weitere Strategie war der Verkauf von Kunstwerken oder Antiquitäten in den Westen, der vom Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo) des DDR-Außenministeriums abgewickelt wurde.³² Es gab in allen größeren Städten die sogenannten Intershops, in denen man mit Westgeld Waren aus dem Westen einkaufen konnte. Offiziell durfte Westgeld zwar nicht eingeführt werden, aber man hat ein Auge zugedrückt, wenn West-Verwandte welches mitgebracht haben. Dadurch hat sich die D-Mark auf dem Schwarzmarkt als zweite Währung etabliert. Manche Waren oder Dienstleistungen gab es nur auf dem Schwarzmarkt für Westgeld. Gegen Ende der DDR durfte man sich sogar von Verwandten Westgeld aus der BRD überweisen lassen, das man dann in der DDR als sogenannte „Forum-Schecks“ ausgezahlt bekam, mit denen man dann im Intershop einkaufen konnte. Einige in der DDR produzierte Waren konnten auch in den Westen verkauft werden, oft zu Dumpingpreisen, und wurden dann dort z.B. im Otto-Katalog verkauft. In DDR-Gefängnissen inhaftierte Häftlinge mussten zum Teil für West-Firmen wie Ikea und Quelle arbeiten, die das natürlich in Westgeld bezahlt haben, während die Gefangenen nur einen geringen Lohn in Ostgeld bekamen.³³ Auch Industriegüter wurden über den Außenhandel in den Westen verkauft. Die Einnahmen aus diesem Export gingen aber mit der Zeit immer mehr zurück, weil die Qualität der Produkte nicht mehr den internationalen Anforderungen entsprach. Wenn man politischer Häftling war, zu dem man z.B. durch einen missglückten Fluchtversuch immer wurde, dann konnte man von der BRD „freigekauft“ werden. Zwischen 1964 und 1989 wurden insgesamt 33.755 politische Häftlinge für mehr als 3,4 Milliarden DM freigekauft. Außerdem musste die Bundesregierung „Gebühren“ für die Ausreise von etwa 250.000 Ausreisewilligen entrichten.³⁴ Das alles reichte aber nicht aus, um den Bedarf der DDR an Westgeld zu decken. 1983 half die Bundesrepublik der DDR mit den bekannten Milliardenkrediten gegen die Zusicherung menschlicher Erleichterungen aus.³⁵

³² https://de.wikipedia.org/wiki/Kommerzielle_Koordinierung

³³ https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/Studien/die-historische-aufarbeitung-der-zwangsarbeit-politischer-haeftlinge-im-straftvollzug-der-ddr.pdf?__blob=publicationFile&v=1

³⁴ <https://de.wikipedia.org/wiki/Häftlingsfreikauf>

³⁵ Manfred Kittel: Franz Josef Strauß und der Milliardenkredit für die DDR 1983. In: Deutschland Archiv, 4/2007, S. 647 ff

Aber das vergrößerte nur die Verschuldung der DDR in Devisen, deren Zinsen auch bedient werden mussten, und löste nicht das Problem, sondern verschärfte es eher noch.

Es gab in der DDR eine Staatliche Plankommission. Sie war in der Zentralverwaltungswirtschaft der DDR zuständig für die Koordinierung, Ausarbeitung und Kontrolle der mittelfristigen Perspektivpläne (Fünfjahrplan) und der daraus abgeleiteten jährlichen Volkswirtschaftspläne³⁶. Es hieß zwar „der Plan ist Gesetz“, aber wenn der Plan mal nicht erfüllt wurde, dann fielen höchstens mal ein paar Prämien weg (mit unserem Geld konnte man ohnehin nicht viel anfangen), oder der Plan wurde im Nachhinein korrigiert. Die Betriebe durften sich nicht selber aussuchen, was sie produzieren wollen, sondern das wurde ihnen von der Plankommission vorgeschrieben. Insbesondere wurde im Rahmen des „Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) innerhalb der sozialistischen Länder bestimmt, wer was produzieren durfte.³⁷ Es passierte öfters, dass in der DDR interessante Produkte entwickelt wurden, die dann (letztlich auf Weisung der Sowjetunion) nicht produziert werden durften. Zum Beispiel wurde in Dresden in den 1950er Jahren ein sehr modernes Strahltriebwerke-Passagierflugzeug entwickelt, das dann nicht gebaut werden durfte.³⁸

Es kam in der DDR nicht in erster Linie darauf an, dass die Betriebe Gewinn erwirtschafteten, sondern dass der Plan erfüllt wurde. Die Gehälter in den Betrieben, selbst die der Betriebsleitung, hingen nur wenig von einem etwaigen Gewinn des Betriebs ab. Erst in den letzten Jahren der DDR haben Partei und Regierung (was immer zusammen genannt wurde, und auch das Gleiche war) erkannt, dass die Bevölkerung über zu wenig Konsumgüter verfügte. Deshalb wurde jeder Betrieb dazu verpflichtet, für 5 % seiner Produktion Konsumgüter zu produzieren, egal was. Die Firma Robotron Sömmerda, die in der DDR für die Produktion von Büromaschinen, Rechentechnik und Computern zuständig war, hat zum Beispiel damals eine Plätzchenpresse produziert. Das konnten sie, weil sie die dazu nötigen Metall-Spritzguss-Maschinen hatten. Wir haben noch ein Exemplar davon (in der Original-Verpackung) im Keller liegen.

Es gab in der DDR ein Amt für Preise, in dem alle Preise festgelegt wurden, und zwar für Konsumgüter nach sozialen Gesichtspunkten. So kostete z.B. ein Brötchen bis zum Ende der DDR nur 5 Pfennige (diese Preise wurden staatlich gestützt, private Bäcker bekamen in den 1980er Jahren z.B. für jedes verkaufte Brötchen 10

³⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Staatliche_Plankommission

³⁷ https://de.wikipedia.org/wiki/Rat_für_gegenseitige_Wirtschaftshilfe

³⁸ [https://de.wikipedia.org/wiki/152_\(Flugzeug\)](https://de.wikipedia.org/wiki/152_(Flugzeug))

Pfennige Subvention), eine Bockwurst mit Brötchen und Senf kostete 85 Pfennige, und die Wohnungsmieten lagen typischerweise unter 100 M³⁹. Ein 4-Pfund-Brot war mit 1,24 M so billig, dass Brot sogar von Privatbauern an die Schweine verfüttert wurde. Ein Auto als typisches Luxusgut konnte dagegen mehrere Jahresgehälter kosten und die Preise für viele Waren des täglichen Bedarfs stiegen mit der Zeit, siehe die vielen Klagen in dem auf S. 14 erwähnten Buch „Volkes Stimmen“. Die Schulbildung war in der ganzen DDR einheitlich und, neben der politischen Bildung, auf Naturwissenschaften orientiert. Die meisten Kinder gingen in den Kindergarten, der nur einen symbolischen Betrag kostete. Die gesamte Ausbildung einschließlich Studium war kostenlos, auch die Beiträge zur obligatorischen Krankenversicherung waren minimal. Es gab auch Musik- und Sportschulen. Sie dienten der Selektion von entwicklungsfähigen Nachwuchskadern. Diese sollte später als Leistungssportler oder als Musikvirtuosen die DDR nach außen repräsentieren oder als international gefragte Künstler Devisen einspielen. Das System des Breitensports für Kinder und Jugendliche war in den Vorstufen international vorbildlich. Aber der Umgang mit den selektierten Kindern in den Sportleistungszentren war aufgrund fehlender Transparenz und Öffentlichkeit gnadenlos (Drill, psychologischer Druck, politische Indoktrination, zwangsweises Doping usw.).

Das heißt, die DDR war schon ein sehr sozialer Staat und hat in dieser Beziehung die Bezeichnung „Sozialismus“ durchaus verdient. Es konnte wirklich niemand richtig arm werden, nur vielen Rentnern ging es schlecht. Sehr viele bezogen nur die Mindestrente, die bei 170 M lag.⁴⁰ Auch Hochschulabsolventen verdienten wesentlich weniger als im Westen, es sei denn, sie hatten aus früher DDR-Zeit einen sogenannten Einzelvertrag. Mit solchen Verträgen hatte man versucht, herausragende Wissenschaftler von der Abwanderung in den Westen abzuhalten. Aber es konnte auch niemand durch eigene Arbeit oder Geschäfte richtig reich werden. Manche privaten Handwerksbetriebe wie z.B. PKW-Werkstätten liefen ja sehr gut und warfen viel Gewinn ab. Aber die Steuerprogression war so enorm (Steuersätze bis weit über 90 %, wie ich gehört habe), dass man offiziell nicht wesentlich mehr als 1000 M pro Monat herausbekam, egal wieviel man vor Steuern verdiente. Diese Betriebe nahmen jedoch auch jede Menge Trink- und Schmiergeld ein (zum Teil in Westgeld), ohne das ein Termin oft nur schwer zu bekommen war. Lukrative Einnahmequellen waren außerdem sogenannte „Feierabendbrigaden“, die in begrenztem Umfang in Städten, Gemeinden oder Betrieben bei sogenannten „Initiativobjekten“ steuerbegünstigt tätig waren. Eine große Rolle spielte auch

³⁹ <https://ziltendorf.com/service/Rezepte/DDR/preise.htm>

⁴⁰ <https://www.arbeiten-in-der-ddr.de/allgemeines-%C3%BCber-die-ddr/informationen-zur-rente/>

Schwarzarbeit gegen Bezahlung oder im gegenseitigen Austausch.

Das heißt bei Weitem nicht, dass in der DDR außer einigen Handwerkern alle Menschen gleich waren. Nein, manche waren „gleicher“, wie es so schön in dem Buch „Die Farm der Tiere“ von George Orwell heißt. Es gab für höhere Parteifunktionäre, Staats-Angestellte, Stasi-Mitarbeiter, Armee-Offiziere und andere SED-nahe Berufsgruppen ein umfangreiches System von Privilegien. Diese reichten von hohen Löhnen (zum Teil auch in Westgeld) über besondere Feriendomizile und Geschäfte, in denen es DDR-Produkte unbeschränkt und auch Westwaren zu kaufen gab, bis zu besonders attraktiven Ferienreisen z.B. nach Kuba oder Jugoslawien, oder sogar in kapitalistische Länder, wo der normale DDR-Bürger nie hinkam.

Der Preis für den „extremen Sozialstaat“ war der Niedergang der Ökonomie. Die Preise deckten nicht die Produktionskosten, also konnte die Produktion auch nicht so erweitert werden, dass alle Bedürfnisse befriedigt werden konnten. Die Innovation, die im Kapitalismus aus den privaten Unternehmen wegen der Konkurrenz und dem Streben nach Gewinn von innen herauskommt, musste im Sozialismus vom Staat befohlen und von oben herab organisiert werden. Das war von Natur aus ineffektiv und führte dazu, dass die Industrie der DDR technologisch immer mehr hinter der im Westen hinterherhinkte. Für einen PKW musste man sich anmelden und dann länger als 10 Jahre warten. Die DDR-PKWs (es gab nur zwei Typen, „Trabant“ und „Wartburg“) hatten bis kurz vor dem Ende der DDR noch 2-Takt-Motoren. Modernere Autos wurden zwar konstruiert, aber die Partei hat kein grünes Licht für die Produktion gegeben, weil dadurch wertvolle Ressourcen gebunden wären, die sie anderweitig brauchte. Außerdem galt ein PKW als „Luxusartikel“, der in der Priorität der Staatslenker der DDR ganz weit hinten lag. Die Bürger der DDR haben viel Einfallsreichtum aufgebracht, um mit dieser Mangelwirtschaft zu leben. Wenn es mal etwas Interessantes zu kaufen gab, dann musste man sich anstellen und kaufte dann so viel wie möglich, um das später mit Bekannten wieder gegen etwas anderes eintauschen zu können. Wir nannten das die „SKET-Methode: Sehen, Kaufen, Einlagern, Tauschen“ (Eigentlich war SKET die Abkürzung für „Schwermaschinenkombinat Ernst Thälmann“). Überhaupt haben sich die DDR-Bürger oft gegenseitig geholfen, um mit den Problemen der Mangelwirtschaft zurechtzukommen. Geld spielte da oft keine große Rolle; gibst du mir was, geb' ich dir was, war die Devise. Um die Dinge zu bekommen oder zu kaufen, die man brauchte, musste man oft "Beziehungen" haben. D.h. man musste jemanden kennen, der einem das besorgte. Wir nannten das "Vitamin B", ohne das war man abgehängt. Auf der anderen Seite gab es, schon seit den Nachkriegsjahren, in denen es vor allem Lebensmittel nur auf Marken gab, einen blühenden Schwarzmarkt, auf dem auch mit Westgeld gehandelt wurde. Dort gab es dann z.B. Ersatz-

teile für Autos, West-Schallplatten, hochwertige Baustoffe oder Lebensmittel oder illegal aus der BRD oder auch als Polen oder der CSSR eingeführte Waren, die es in unserem sozialistischen Einzelhandel nicht gab.

In der Marktwirtschaft ist ja das Streben nach Gewinn die hauptsächliche Triebkraft der Produktion und der technologischen Entwicklung. Das spielte in der DDR nur eine untergeordnete Rolle. Es gab zwar allerlei Plankennziffern und auch für jeden Betrieb (Betriebsteil) einen Gewinnplan. Für neue Produkte gab es eine Kalkulation, bei der der kalkulatorische Gewinn mit einem vorgegebenen Prozentsatz eine feste Größe war. Dumm war nur, wenn wegen Ausschuss oder nicht erreichten Stückzahlen die in der Kalkulation und im staatlich genehmigten Preis festgeschriebenen Kosten nicht eingehalten wurden. Man hat versucht, die fehlende materielle Motivation mit der ideologischen Motivation der Bürger zu kompensieren. Es wurde damals viel von dem „Neuen Menschen“ geredet, der nach und nach erzogen werden sollte. Das sollte der sein, der seinen privaten Egoismus abgelegt hat und allein aus altruistischer Überzeugung für die Gemeinschaft fleißig arbeitet und all seine Kraft für den Sieg des Sozialismus einsetzt. Sicher gab es hin und wieder solche überzeugten Menschen, aber das blieb die Ausnahme. Der „Neue Mensch“, ohne den der angestrebte Kommunismus nicht hätte existieren können, war eine schöne Utopie. In den 1950er Jahren hat man versucht, die Produktion zu erhöhen, indem man die Leistungsnormen willkürlich hoch gesetzt hat. Das hatte dann zu dem Arbeiteraufstand 1953 in Berlin geführt. Man hat mit verschiedenen Maßnahmen versucht, die Bürger zu motivieren. Es gab z.B. den Sozialistischen Wettbewerb und die Neuerer-Bewegung, bei der man Vorschläge zur Verbesserung des Betriebsablaufs oder der Produktion einreichen konnte und dafür zunächst etwas Geld bekam. Wenn diese Vorschläge dann wirklich in großem Maßstab umgesetzt wurden (was sehr selten vorkam), dann konnte der betreffende Neuerer sogar damit reich werden. Denn Neuerer-Prämien wurden, ebenso wie Lotterie-Gewinne, nicht versteuert. Aber das und auch viele andere ehrliche Bemühungen haben nicht ausgereicht, das Problem der mangelnden Innovation und Motivation zu beheben. Wir haben das ökonomische System damals immer „das System der organisierten Verantwortungslosigkeit“ genannt. Denn man war ja wirklich für nichts verantwortlich. Alles gehörte dem Staat und damit keinem.

Es war in der DDR auf legalem Wege nicht möglich, gewerbsmäßig Handel zu treiben. Das war dem sozialistischen Einzelhandel vorbehalten. Eine Ausnahme war z.B. der Verkauf privater gebrauchter PKW, für die es offiziell ganze Automärkte gab. Dort konnte man für einen 10 Jahre alten Trabant oder Wartburg noch den Neupreis oder sogar mehr bekommen, denn dann sparte sich der Käufer die über 10 Jahre dauernde Wartezeit auf ein neues Auto. Am Ende der DDR durfte auch

westliche Computertechnik, die man über Verwandte im Westen bekommen hatte und die es in der DDR noch nicht gab, eingeführt und zu Wucherpreisen privat verkauft werden, sogar an Betriebe. Wenn man privat im Garten etwas Obst oder Gemüse oder auch Honig erzeugt hatte, oder wenn man z.B. Kaninchen oder ein Schwein gehalten hatte, dann durfte man dieses auch nicht frei verkaufen. Dafür gab es aber spezielle Aufkaufstellen, an denen man selbst erzeugten Produkte verkaufen konnte. Damit sollte der notorische Mangel im Sozialistischen Einzelhandel gemildert werden. Zum Teil bekam man in diesen Aufkaufstellen für diese Produkte mehr Geld, als diese dann im Einzelhandel kosteten. Manch einer hat da in der Aufkaufstelle etwas verkauft, und das Gleiche dann im Einzelhandel für weniger Geld wieder gekauft.

Es gab in der DDR das „Recht und die Pflicht auf Arbeit“. Das heißt, jeder musste arbeiten und „arbeits-scheue Elemente“ konnten zwangsweise der Arbeit zugeführt werden. Die meisten Betriebe haben wegen ihrer geringen Arbeitsproduktivität verzweifelt nach Arbeitskräften gesucht. Das ist auch der tiefere Grund für die Tatsache, dass nahezu alle Frauen in der DDR werktätig waren, reine Hausfrauen waren die Ausnahme. Der Staat brauchte die Arbeitskraft der Frauen. Dafür wurden genügend Kindergärten und Kinderkrippen gebaut, die die Kinder berufstätiger Frauen betreut haben.

Aber wenn man auf Arbeit war, dann musste man sich nicht immer tot machen. „Einer arbeitet und drei stehen rum“ kam schon manchmal vor. Es war auch üblich und manchmal sogar notwendig, während der Dienstzeit einkaufen zu gehen, wenn es gerade mal etwas Interessantes gab. Denn nach Dienstschluss wäre das ausverkauft gewesen. Es war praktisch unmöglich, einem Arbeiter wegen Faulheit zu kündigen. In produzierenden Betrieben, wie auch auf dem Bau, kam es oft vor, dass die Arbeit ruhen musste, weil kein Material oder keine Ersatzteile da waren. Betriebe, die interessante Waren produzierten (z.B. landwirtschaftliche Produkte oder Konsumgüter), oder die von gewissen Ersatzteilen noch genug liegen hatten (siehe die SKET-Methode, die auch in Betrieben praktiziert wurde), hatten meistens einen Mitarbeiter, der regelmäßig mit dem Dienst-PKW zu anderen Betrieben fuhr, um dort die eigenen Produkte oder Ersatzteile gegen anderes Material oder Ersatzteile einzutauschen, die der Betrieb gerade brauchte. Auch betriebseigene Ferienplätze waren begehrte Tauschobjekte. Wir nannten das „den kleinen Dienstweg“. An anderen Stellen wurde wieder Material verschwendet, weil das vielleicht so am einfachsten war. Keiner musste mit den Ressourcen rechnen, die er verbrauchte. Auch wenn man formal für etwas verantwortlich war, hatte das, abgesehen von strafrechtlichen Konsequenzen bei Betrug oder grober Fahrlässigkeit, in der Regel weder bei Erfolg noch bei Misserfolg ernste materielle Auswir-

kungen. Was allen gehört, das gehört keinem.

Damit will ich nicht sagen, dass in der DDR nicht auch hart gearbeitet wurde. Sicher, die meisten DDR-Bürger waren fleißig, so wie in der BRD. Schließlich war auch bei uns noch die angeblich typisch deutsche Arbeitsmoral und Tüchtigkeit Tradition, und es war für die Meisten eine Selbstverständlichkeit, seine Arbeit auch gut zu machen. Nach der Wende, und sicher schon vorher, gab es immer wieder BRD-Bürger, die die DDR-Bürger als generell faul hingestellt haben. Sie konnten sich nicht vorstellen, warum sonst bei uns die Arbeitsproduktivität so niedrig lag. Auch für diese ist dieses Büchlein geschrieben worden.

In den sozialistischen Ländern gab es durchaus auch herausragende Leistungen der Industrie und der Technologie, wenn sich das Plansystem darauf konzentriert hat. Man denke nur an die Erfolge der Raumfahrttechnik und der Militärtechnik in der Sowjetunion. Auch an Universitäten und Forschungsinstituten wurden oft international bedeutsame Leistungen erbracht. Auf der Leipziger Messe wurden jedes Jahr die Produkte unserer Industrie vorgestellt, und davon konnte sich vieles durchaus sehen lassen. Auch die Landwirtschaft in der DDR war zumindest am Ende durchaus erfolgreich und konnte die Grundbedürfnisse der Bürger weitgehend befriedigen. In der DDR wurde in den 1980er Jahren mit viel Mühe der 1 MBit Speicherchip und 16 Bit Mikroprozessoren von westlichen Firmen wie IBM nachgebaut. Es wurde damals viel von „Schlüsseltechnologien“ geredet. Die Hoffnung war, dass wir, wenn wir diese beherrschten, den Schlüssel zum gesamten technologischen Fortschritt hätten: Kleine Ursache, große Wirkung. Aber was fehlte, war die Breite der Entwicklung und die eigene Innovation in dieser Hochtechnologie. Mit einem Speicherchip und einem Prozessor allein kann man noch keine IT-Industrie aufbauen, dazu fehlte das technologische Umfeld.

So viel Mühe wir uns auch gegeben haben, bei uns kam bei der Arbeit meistens weniger heraus als im Westen. Ich will das mal an meinem eigenen Beispiel verdeutlichen. Ich war sowohl in der DDR als auch im vereinigten Deutschland als Physiker tätig. Als Physiker braucht man verschiedene elektronische und physikalische Geräte. Von denen gab es die meisten nur im Westen. Bei Großgeräten, die für das ganze Institut wichtig waren, da konnte die Institutsleitung hin und wieder einen Importantrag stellen, und vielleicht wurde der genehmigt, und irgendwann nach Jahren bekam man vielleicht das Gerät. Aber ich als kleiner Physiker habe niemals auch nur eine D-Mark ausgeben können. Also habe ich mich in die Elektronik vertieft und meine Geräte selbst entwickelt und gebaut bzw. bauen lassen. Für elektronische Geräte hatten wir eine sehr gute Elektronik-Werkstatt und für physikalische Geräte eine sehr gute mechanische Werkstatt, die komplizierte Dinge bauen konnten. Aber das brauchte alles Zeit. Deshalb musste ich damals

vielleicht 90 % meiner Zeit verwenden, um mir die sieben Sachen zu bauen oder bauen zu lassen, mit denen ich dann vielleicht 10 % meiner Zeit die eigentlichen Experimente machen konnte. Nach der Wende brauchten wir nichts mehr zu bauen, da gab es alles zu kaufen. Da musste ich vielleicht 40 % meiner Zeit dazu verwenden, die Voraussetzungen für meine Experimente zu schaffen, und dann konnte ich 60 % meiner Zeit experimentieren, was meine eigentliche Aufgabe war. Das war eine Steigerung meiner Arbeitsproduktivität um 500 %, indem ich jetzt 60 statt vorher nur 10 % meiner Arbeitszeit produktiv nutzen konnte.

Ich erzähle jetzt mal eine Begebenheit, die ich persönlich erlebt habe und die ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Verhältnisse damals wirft. Ich arbeitete in den 1970er Jahren als Physiker an der Karl-Marx-Universität Leipzig an der Optimierung grüner Lumineszenzdioden (LEDs). Diese wurden im Werk für Fernsehelektronik Berlin hergestellt, und mit den Chemikern dort arbeiteten wir eng zusammen. Einer dieser Chemiker sagte mir mal im Vertrauen: „Wenn wir durch Zufall herausbekommen würden, wie man die ideale grüne LED baut, dann würden wir die Unterlagen darüber ganz weit hinten in unserem Schreibtisch verstecken. Denn wenn jemand herausbekommt, dass wir das wissen, dann müssten wir das ja auch umsetzen.“ Und das hätte bedeutet: Viel Arbeit und nichts extra dafür bekommen. Also machten sie ihren Dienst nach Vorschrift, und gut. Eine weitere Geschichte, die in Halle erzählt wurde, war folgende: In dem Halle'schen Institut für Physikalische Chemie hatte es unter der Leitung eines Prof. Sackmann bedeutende Arbeiten zu Flüssigkristallen gegeben (das sind die LCD-Displays, mit denen heute auch die meisten Fernseher arbeiten).⁴¹ Diese Kollegen konnten die Displays im Labormaßstab bauen, und das war damals führend in der Welt. Nun kam es darauf an, diese Technologie in großem Maßstab umzusetzen und vielleicht sogar im Westen zu verkaufen. Dazu musste erst einmal ein Produzent für die Flüssigkristalle gesucht werden. Die Leuna-Werke bei Halle kämen infrage, also wurde nachgefragt, ob sie denn diese Substanz synthetisieren können. Sie antworteten: „Ja, das könnten wir schon. Wieviel Tonnen pro Jahr braucht ihr denn?“ „Ach, wir brauchen höchstens ein paar Kilo pro Jahr.“ „Dann vergesst es.“ Man sollte vielleicht noch ergänzen, dass das gesamte technologische Umfeld in der DDR nicht dazu geeignet war, eine neue Technologie zu industrialisieren. Sicher gab es auch Hersteller von Produktionsmaschinen, und deren Entwicklungsabteilungen waren auch nicht schlecht. Da aber alle materiellen Ressourcen in der DDR begrenzt waren, hätte für die Produktion und Entwicklung neuer Maschinen die Produktion anderer Maschinen zurückgestellt werden müssen, und das war nicht möglich. Niemand konnte das Risiko eingehen, eine neue Technologie zu entwickeln, ohne

⁴¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Horst_Sackmann

dass diese wirklich dringend für die Volkswirtschaft gebraucht wurde. Das Ende vom Lied war, dass alle Patente zu den LCDs an die Japaner verkauft wurden und dann für teures Westgeld eine Anlage zur Herstellung von LCD-Displays aus Japan gekauft wurde.

Lenin hat einmal geschrieben: „Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das Allerwichtigste, das ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung.“⁴² Ja, damit hatte er leider Recht. Uns wurde im Staatsbürgerkunde-Unterricht noch beigebracht, dass der Sozialismus die besseren Voraussetzungen für eine hohe Arbeitsproduktivität hätte, weil er nicht „durch die Fesseln des Privateigentums gebunden“ wäre. Die Konkurrenz würde die Wirtschaft im Kapitalismus eher behindern, da viele technologische Entwicklungen parallel verlaufen würden. Im Sozialismus mit Planwirtschaft könne man sich dagegen auf die wichtigen Dinge konzentrieren. Aber das war offenbar ein Irrtum. Die für die technologische Entwicklung segensreiche Wirkung der Konkurrenz wurde nicht erkannt. Der Untergang der sozialistischen Welt ist in erster Linie durch deren systembedingt niedrige Arbeitsproduktivität hervorgerufen worden.

5. Der Proletenkult

Witz: Ein Arbeiter und ein Professor treffen sich am Gartenzaun. Sagt der Arbeiter: „Ätsch, mein Sohn darf studieren und deiner nicht.“ Sagt der Professor: „Ätsch, mein Enkel darf studieren und deiner nicht.“

Es steht schon im Kommunistischen Manifest, dass „nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse“ ist (KM, Teil 1). Der Grund dafür ist, dass sie nicht, wie z.B. die Händler, Bauern und Handwerker, durch die Fesseln des Privateigentums gebunden sind, siehe oben. Die Regierung der DDR verstand sich folglich als Interessenvertreterin der Arbeiter. Das äußerte sich z.B. darin, dass der Lohn von Arbeitern niedriger besteuert wurde als der von Angestellten. Zum Teil verdienten qualifizierte Arbeiter mehr Geld als ihre studierten Vorgesetzten, z.B. auf dem Bau. Auch bei der Zulassung zur Erweiterten Oberschule (heute sagen wir Gymnasium) und zum Studium wurden Arbeiterkinder eindeutig bevorzugt, siehe der Witz oben. Wie die Statistik der Anzahl der Studierenden nach sozialer Herkunft zeigt⁴³, wurde dieses Auswahlprinzip am Anfang der DDR konsequenter befolgt als an ihrem Ende, aber das Prinzip blieb bestehen. Die Zulassung zur Erweiterten Oberschule war begrenzt und alle Studienfächer waren numerus clausus Fächer. Bei der Vergabe von Oberschul- und Studienplätzen hatten politisch missliebige

⁴² <http://www.erich-koehler-ddr.de/dokumente/initiative.html>

⁴³ https://de.wikipedia.org/wiki/Arbeiterkinder#Arbeiterkinder_in_der_DDR

Personen, z.B. Pfarrerkinder oder Kinder sogenannter Dissidenten, keine Chance. Dabei war die Definition, wer Arbeiter ist, durchaus willkürlich. Zum Beispiel zählten auch alle Parteifunktionäre und Armeeoffiziere als Arbeiter. Unsere ersten obersten Staatsmänner waren ursprünglich tatsächlich Arbeiter. Walter Ulbricht war von Beruf Tischler und Erich Honecker war Dachdecker, nur Egon Krenz war Lehrer, hatte also studiert. Dementsprechend hielt sich die Hochachtung von Partei und Regierung gegenüber höherer Bildung sehr in Grenzen. Man fürchtete wohl zu Recht, dass die Intellektuellen gegenüber Partei und Regierung nicht so ergebnisreich waren wie einfache Arbeiter.

6. Die persönliche Freiheit

Witz: Zwei Grenzer auf Streife an der Mauer mit Blick auf den Westen ... „Was denkst denn du gerade so?“ „Das Gleiche wie du...“ „Dann muss ich dich leider festnehmen.“

Bis 1961 war die deutsch-deutsche Grenze noch offen, zumindest in Berlin. Am Anfang hatten die deutschen Kommunisten ja noch gehofft, dass sich auch die Bürger der Westzonen dazu entschließen könnten, ihren sozialistischen Weg mitzugehen, siehe unser Kapitel „2. Die Machtfrage“. Deshalb heißt es im Text der Nationalhymne der DDR noch „... Deutschland, einig Vaterland“.⁴⁴ Dieser Text durfte ab 1972 nicht mehr gesungen werden, danach wurde die Hymne nur noch instrumental gespielt. Im Jahr 1961 war schon klar geworden, wohin die Reise in der DDR ging, nämlich in Richtung Kommunismus. Der Unterschied in den Lebensverhältnissen war am offenbarsten in Berlin, weil es viele Ost-Berliner gab, die in West-Berlin arbeiteten. Diese Grenze war noch offen wegen des Viermächte-Status von Berlin.⁴⁵ Deshalb verließen damals sehr viele Bürger die DDR über West-Berlin, und das waren vor allem junge Leute und die gut Ausgebildeten wie Ärzte und andere Spezialisten. Diese wurden im Westen mit offenen Armen empfangen, da sie wegen des Alleinvertretungsanspruchs als BRD-Bürger galten.⁴⁶ Das konnte die DDR auf die Dauer nicht verkraften. Deshalb wurde am 13. August 1961 die Grenze zwischen Ost- und West-Berlin geschlossen und damit begonnen, eine Mauer rings um West-Berlin zu ziehen. Offiziell wurde als Grund für den Bau der Mauer, die „antifaschistischer Schutzwall“ genannt wurde, der Schutz vor dem Eindringen westlicher Spione und die „Unterbindung der feindlichen Tätigkeit der revanchistischen und militaristischen Kräfte Westdeutschlands und Westberlins“

⁴⁴ <https://ddr-ostalgie-comedy.de/ddr-nationalhymne/>

⁴⁵ <https://de.wikipedia.org/wiki/Viermächte-Status>

⁴⁶ <https://de.wikipedia.org/wiki/Alleinvertretungsanspruch>

genannt.⁴⁷ Wir haben ja schon in Kapitel „3. Schwierigkeiten mit der Wahrheit“ gesehen, dass es die DDR-Führung mit der Wahrheit nicht so genau nahm. Im Gegenteil, gezielte Desinformation war ein wesentlicher Teil der DDR-Politik. Legenär ist der Ausspruch von Walter Ulbricht vor dem Mauerbau am 15. Juni 1961: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten“. Die innerdeutsche Grenze wurde schon vorher nach und nach abgeriegelt und mit Streckmetallzaun (von Thyssen aus der BRD importiert), Selbstschussanlagen, Landminen und Hunden an Laufanlagen gesichert.⁴⁸ Damit waren die DDR-Bürger für die nächsten 27 Jahre eingesperrt, zumindest in Richtung Westen. Der normale DDR-Bürger hatte nur den Personalausweis und gar keinen Reisepass, den bekamen nur besondere „NSW-Reisekader“ (NSW = nicht-sozialistisches Wirtschaftsgebiet). In diesen Reisepass musste das sogenannte „Ausreisevisum“ eingetragen sein, ohne das man an der Grenze nicht heraus gelassen wurde. Ein Einreisevisum des zu besuchenden Staats allein reichte nicht aus. Nur sehr wenige Bürger der DDR waren als NSW-Reisekader zugelassen. Sicher, international bekannte Künstler und Leistungssportler konnten diesen Status bekommen, wenn sie eine saubere Kaderakte und keine Verwandten im Westen hatten. Aber es gab nicht selten sogar Betriebsleiter, die die Verantwortung für 500 Mitarbeiter und auch stabile langjährige Exportbeziehungen zu Westbetrieben hatten, aber wegen fehlender NSW-Kader-Einstufung ihre Kunden im Westen niemals besuchen konnten.

In die „Sozialistischen Bruderländer“ Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und die CSSR konnte man zwar als Tourist mit dem normalen Personalausweis noch reisen. Da brauchte man zum Teil ein Visum, das man aber in der Regel problemlos bekam. Aber auch diese hatten ihre Grenzen zum Westen für DDR-Bürger abgesperrt (ihre eigenen Bürger durften zum Teil reisen), dafür gab es Verträge unter den sozialistischen Staaten. Mit sehr viel Mühe und bürokratischem Aufwand konnte man auch ein Visum für die Sowjetunion bekommen. Aber da konnte man nicht frei herumreisen, sondern man musste seine Reiseroute detailliert planen und auch einhalten. Theoretisch gab es auch Reisen nach Kuba oder Jugoslawien, aber an die war nicht ranzukommen. Die wurden nur als Prämie an besonders verdiente Staatsbürger der DDR vergeben. In ein westliches Land konnte man gar nicht reisen. An der Grenze der DDR zur BRD und zu Westberlin, und auch an den Westgrenzen der anderen sozialistischen Länder, wurde auf Republikflüchtlinge scharf geschossen. Es ist allgemein bekannt, dass es an der innerdeutschen Grenze und der Berliner Mauer Hunderte Tote gab, die beim Versuch der Überwindung dieser Grenzanlagen erschossen wurden oder anderweitig zu Tode kamen.

⁴⁷ <https://www.berlin.de/mauer/geschichte/bau-der-mauer/>

⁴⁸ https://de.wikipedia.org/wiki/Innerdeutsche_Grenze#Geschichte

Ab 1964 durften Rentner der DDR zu Besuchen in die BRD reisen. Das zynische Kalkül der DDR war: Wenn die im Westen bleiben, dann ist das nicht weiter schlimm. Sie arbeiten ohnehin nicht mehr für uns, und wir müssen ihnen dann keine Rente mehr zahlen (die für normale DDR-Bürger ohnehin unanständig niedrig lag). Beginnend mit der Politik der Entspannung in den 1970er Jahren und insbesondere mit dem Besuch Willy Brandts in Erfurt und dem darauffolgenden Grundlagenvertrag von 1972⁴⁹ wurden einige Regelungen geschaffen, die es auch jüngeren DDR-Bürgern bei besonderen familiären Anlässen (z.B. runde Geburtstage, Hochzeiten oder Beerdigungen naher Verwandter) ermöglichte, in die BRD zu reisen. Aber das waren alles „Kann-Bestimmungen“, auf die man keinen Anspruch hatte. Wenn z.B. ein naher Verwandter „republikflüchtig“ war, oder wenn man sich selbst politisch gegen das System geäußert hatte, dann wurde diese Ausreiseerlaubnis nicht erteilt. Sie wurde auch nur für Einzelpersonen erteilt, die ihre nächsten Angehörigen als „Pfand“ zu Hause lassen mussten. Die große Mehrheit der DDR-Bürger, die keine nahen Verwandten in der BRD hatten, hatten bis 1989 keine Möglichkeit, vor der Rente ein westliches Land wie die BRD zu besuchen. Man konnte ab 1975 höchstens noch einen Ausreiseantrag stellen. Aber dann war man als Staatsfeind erkannt und wurde entsprechend geächtet. Es konnte Jahre dauern, bis ein Ausreiseantrag genehmigt wurde, wenn überhaupt. Und wenn man einmal draußen war, dann ließ man diese Leute in der Regel nie wieder einreisen. Man konnte also seine Freunde und Verwandte in der DDR nicht mehr besuchen, das war schon hart. Sippenhaft war in der DDR üblich. Wenn einer ausgereist oder republikflüchtig war, dann wurde seine ganze Familie der Mitwisserschaft verdächtigt. Wer da eine verantwortliche Position innehatte, musste damit rechnen, dass er diese durch die Republikflucht eines Familienmitglieds verlor. Auch das hat viele (auch mich) von der Republikflucht abgehalten. Wenn Eltern ohne ihre Kinder republikflüchtig waren oder nach einem missglückten Fluchtversuch im Gefängnis saßen, dann konnte es passieren, dass sie ihre Kinder niemals wieder sahen, weil die dann in der DDR zur Adoption freigegeben wurden⁵⁰ oder, schlimmer noch, in ein staatliches Erziehungsheim gegeben wurden.⁵¹ Erst kurz vor dem Ende der DDR, als auch die Zahl der Ausreiseanträge sprunghaft zunahm, wurden Ausreiseanträge vermehrt genehmigt. Die Regierung hoffte wohl, durch Entlassung von Systemkritikern Druck aus dem brodelnden Kessel zu bekommen. Die Kommunisten haben schon immer die Menschen in Freund oder Feind eingeteilt und gedacht, dass diese Einteilung endgültig sei. Sie haben nicht erkannt, dass

⁴⁹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Grundlagenvertrag>

⁵⁰ <https://de.wikipedia.org/wiki/Zwangsadoption>

⁵¹ https://www.deutschlandfunk.de/kinderheime-in-der-ddr-die-hoelle-der-spezial-heime.1310.de.html?dram:article_id=340984

es die Verhältnisse sind, die die Kritik hervorrufen und aus bisherigen Freunden Feinde macht.

Diese Einschränkungen der persönlichen Freiheit waren neben den prekären ökonomischen Verhältnissen in der DDR der Hauptgrund, weshalb in den letzten Jahren der DDR eine immer größere Anzahl von Bürgern jede Gelegenheit genutzt hatte, in die BRD zu fliehen. Ungarn und die CSSR hatten 1989 die Zeichen der Zeit schon vor der DDR erkannt und ihre Grenzen zum Westen nach und nach geöffnet. Die BRD-Botschaften in Prag und Warschau wurden von je 6000 DDR-Bürgern gestürmt, die dadurch tatsächlich ausreisen konnten. Mit der Maueröffnung am 9.11.1989 war die Grenze endlich für uns alle offen. Der von manchen erwartete große Exodus der DDR-Bürger ist ausgeblieben, denn wir hatten schließlich hier unsere Heimat.

7. Die sieben Wunder der DDR

Witz: Die sieben Wunder der DDR sind:

1. Wunder: Es gibt keine Arbeitslosen.
2. Wunder: Trotzdem arbeitet nur die Hälfte.
3. Wunder: Trotzdem erfüllen wir immer den Plan.
4. Wunder: Trotzdem gibt es nichts zu kaufen.
5. Wunder: Trotzdem hat jeder, was er braucht.
6. Wunder: Trotzdem sind sie alle unzufrieden.
7. Wunder: Trotzdem gehen sie alle zur Wahl.

Wer sich bis hier her durchgekämpft hat, der kann sich alle diese Wunder erklären. Es gab keine Arbeitslosen, weil die Arbeitsproduktivität so niedrig lag und Arbeitslosigkeit ohnehin durch Gesetz verboten war. Dass nur die Hälfte arbeitete, lag an der lockeren Arbeitsmoral, die keine Konsequenzen hatte, und manchmal an fehlendem Material. Der Plan war schon so gehalten, dass man ihn unter den gegebenen Bedingungen erfüllen konnte, ansonsten wurde er korrigiert. Warum es bei dieser niedrigen Arbeitsproduktivität und der Mangelwirtschaft (fast) nichts zu kaufen gab, sollte auch jedem klar sein. Dass trotzdem jeder im Grunde hat, was er braucht, das lag an der SKET-Methode und der Fähigkeit der Menschen, sich gegenseitig zu helfen und zu improvisieren. Dass dabei und wegen des eingesperrten Zustands alle unzufrieden waren, das ist kaum verwunderlich. Und zur Wahl gingen sie und falteten ihre Wahlzettel, weil sie ansonsten ernste Schwierigkeiten zu befürchten hatten.

8. Epilog

Der „real existierende Sozialismus“ sowjetischer Prägung mit diktatorischer Herrschaft einer Partei, Mangelwirtschaft und Einschränkung der persönlichen Freiheit wird von vielen Sozialisten, sowohl in Ost als auch in West, als Perversion der eigentlich guten Idee des Sozialismus angesehen. Ich will in diesem Büchlein zeigen, dass diese „Perversion“ systemimmanent ist, dass es also gar nicht anders geht. Sicher kann man innerhalb einer relativ kleinen abgeschlossenen Kommune von gutwilligen Menschen sozialistische Verhältnisse ohne die Dominanz der Geldwirtschaft für eine gewisse Zeit realisieren, solche Beispiele hat es gegeben. Aber wenn man dieses sozialistische Experiment in einem ganzen Land realisieren will, dann kommt man früher oder später um eine Diktatur nicht herum. Diese Erkenntnis hatten natürlich schon andere, z. B. Karl Popper in „Das Elend des Historizismus“, Wolf Biermann ganz am Ende seiner Autobiographie, und viele andere. Es ist eben das Eine, existierende Produktionsmittel den bisherigen Besitzern wegzunehmen und sie „dem Volk“ zu geben, d.h. bestehenden Reichtum zu verteilen. Aber es ist das Andere und weitaus Schwierigere, diese Produktionsmittel dann dauerhaft zu betreiben und weiterzuentwickeln, um technologisch und ökonomisch mit der umgebenden kapitalistischen Welt mithalten zu können. Die Herausforderung ist, nicht nur von der Substanz zu leben, sondern den Reichtum zu erhalten und zu vermehren, und dazu ist der Sozialismus einfach weniger gut geeignet. Die Hoffnung der Sozialisten, dass sich die Technologie im Sozialismus eher noch schneller als im Kapitalismus weiterentwickeln könnte, hat sich aus den in unserem Kapitel „4. Das Problem mit der Arbeitsproduktivität“ dargelegten Gründen (Stichwort: System der organisierten Verantwortungslosigkeit) als Irrtum erwiesen. Das haben alle Sozialismus-Versuche gezeigt, auch die in Kuba, Venezuela und Nicaragua, wo die Mehrheit der Menschen am Anfang noch hinter dem System stand. In Jugoslawien hat man eine Synthese aus Sozialismus und Kapitalismus versucht, so wie es heute auch wieder diskutiert wird, die am Anfang auch gut funktioniert hatte. Aber am Ende ist auch dieses Land an seiner ökonomischen Unfähigkeit zugrunde gegangen. Ich hoffe, in diesem Büchlein gezeigt zu haben, dass es eben keinen alternativen (demokratischen) Sozialismus geben kann, so lange man unter Sozialismus die weitgehende Vergesellschaftung der Produktion nach Karl Marx meint.

Ich habe mich immer gefragt, ob denn unsere Führer und ihre SED-Ideologen wirklich von „der Sache“ des Kommunismus überzeugt waren, oder ob sie diese Überzeugung nur geheuchelt haben, damit sie weiter auf der Gewinner-Seite dieses Staats stehen, siehe auch der Witz auf S. 22. Inzwischen denke ich, dass viele, wie z.B. unsere allerhöchsten Führer Erich Honecker und Egon Krenz, schon davon

überzeugt waren. Das zeigen die vielen Interviews von Frau Honecker nach der Wende und das auf S. 11 erwähnte Interview von Egon Krenz. Diese hielten es vermutlich für unmoralisch, von ihrer einmal gefassten kommunistischen Überzeugung abzuweichen, auch wenn besseres Wissen dagegensprach. Sie waren eben keine Naturwissenschaftler, für die es normal ist, dass sie sich auch irren können, siehe unser Vorwort. Diese Leute gehörten dann offensichtlich zur dritten Gruppe in dem erwähnten Witz. Ihnen ging es ja auch gut im Kommunismus. Im Hinblick auf die SED-Politik auf dem Lande in der DDR hat Dr. Jens Schöne in seinem Vortrag zum 29. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung (Dokumentation erhältlich unter www.fes.de) sehr treffend geschrieben: "Dass die kommunistischen Spitzenfunktionäre der DDR an die Allmacht ihrer Ideologie ohne den geringsten Zweifel glaubten, zeigt allein schon der Umstand, mit welcher Entschlossenheit sie die dortigen Forderungen in die Tat umsetzten und dabei nicht nur jegliche Einwände der Fachleute ignorierten, sondern fast bis zum eigenen Untergang an den dogmatischen Lehrsätzen festhielten. ... Wenn man nur fest genug an die Überlegenheit des sozialistischen Modells glaubte, spielte die Realität nur noch eine untergeordnete Rolle. ... Der Glaube, objektiven Entwicklungsgesetzen zu unterliegen, die in jedem Fall den Sieg des Sozialismus erzwingen würden, enthob die Verantwortlichen nämlich der Notwendigkeit, Fehlentwicklungen als solche wahrzunehmen. Schuld an Ernteausfällen, Viehsterben und finanziellen Desastern waren somit immer Klassenfeinde oder mangelnder revolutionärer Eifer, nicht jedoch der eingeschlagene Kurs." Diese Einstellung, die schon in den Kapiteln „1. Wovon reden wir eigentlich?“ und „3. Schwierigkeiten mit der Wahrheit“ erwähnt wurde, kann nicht anders als religiös genannt werden, obwohl doch der Kommunismus angeblich als atheistisch gilt (Marx: Religion ist Opium für das Volk). Den Ausschließlichkeitsanspruch und die Intoleranz gegenüber anderen Religionen hat der Kommunismus aber offenbar mit den meisten anderen Religionen gemeinsam (siehe Erstes Gebot: Du sollst keine anderen Götter haben neben mir).

Viele höhere SED-Chargen, die die ökonomische Unterlegenheit des sozialistischen Systems erkannt hatten, werden sich auch gesagt haben: Wenn wir schon auf dem falschen Dampfer sitzen, dann wollen wir wenigstens Luxusklasse reisen. Andere dagegen sind vielleicht noch mit Überzeugung in die Partei eingetreten, sind aber dann durch die eklatanten Widersprüche zwischen Theorie und Wirklichkeit frustriert worden, siehe die vielen Frustbriefe von SED-Mitgliedern in dem auf S. 14 erwähnten Buch „Volkes Stimmen“. Diese gehörten dann zur zweiten Gruppe in dem Witz auf S. 22.

Man muss sich fragen, warum über so viele Jahrzehnte sehr viele, darunter auch durchaus moralisch integre, Menschen aktiv an der SED-Herrschaft in der DDR

mitgearbeitet oder zumindest die Idee des Sozialismus vertreten haben und dadurch, bewusst oder unbewusst, an offensichtlichem Unrecht gegen andere Menschen mit schuldig geworden sind. Das hängt mit dem Sendungsbewusstsein dieser Ideologie als Heilslehre zusammen. Diese Menschen haben sich wohl gesagt: Das Ziel des Sozialismus oder Kommunismus („die Sache“, wie es immer hieß), also „die gerechteste aller Gesellschaftsordnungen“, ist moralisch so ehrenwert, dass einzelne Menschen (!) dafür auch mal (!) gefühltes Unrecht ertragen müssen, wenn das denn im Interesse der großen Mehrheit ist. Die Kommunisten nahmen für sich das Recht in Anspruch, die Bürger zu ihrem „Glück“ zu zwingen. Die moralische Rechtfertigung der Sozialisten und Kommunisten war also: „Der Zweck heiligt die Mittel.“ Aber das tut er nicht, Unrecht bleibt immer Unrecht, egal in welchem Namen es verübt wird.

Aber seit 1989/1990 ist das ja nun alles vorbei, dafür haben wir jetzt andere Probleme. Es gibt jetzt so etwas wie Ostalgie, bei der sich manche Leute an die größere soziale Sicherheit und Nähe der Menschen untereinander von früher zurücksehnen. Dabei vergessen sie oft all die Sinnlosigkeiten und Ungerechtigkeiten, mit denen wir es in der DDR zu tun hatten. Es gibt auch immer mehr wohlmeinende Kapitalismus-Kritiker, die wieder von Sozialismus reden. Ich will deren Kritik gar nicht infrage stellen, ich will nur darauf hinweisen, dass der Sozialismus mit der Verstaatlichung der Produktion nach Marx **nicht** die Lösung dieses Problems sein kann. Wenn dieses Büchlein mit dazu beiträgt, ein realistischeres Bild von der ehemaligen DDR und damit vom Sozialismus als Gesellschaftssystem zu zeichnen, dann hat es seinen Zweck erfüllt.

Die Quintessenz dieses Büchleins ist folgende: Der Sozialismus führt zwar zweifellos zu mehr Verteilungsgerechtigkeit, aber dafür geht auf die Dauer die Gesellschaft als Ganzes wegen zu geringer Produktivität und deren notwendigen Folgen (Mangelwirtschaft und Unfreiheit) vor die Hunde.

Witz: Anfrage an Sender Jerewan: Könnte es sein, dass die Schweiz sozialistisch wird? Antwort: Im Prinzip ja, aber schade um das schöne Land.

Witz: Was passiert, wenn die Wüste Sahara sozialistisch wird? Dann ist nach 10 Jahren der Sand alle.